

# Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

www.schweizerzeit.ch | 42. Jahrgang, Nr. 14, Freitag, 9. Juli 2021

## *Schicksalsstunde der Schweiz*

2

## *Nein zu staatlich finanzierten Medien!*

10

## *Persönlichkeiten prägen junge Menschen*

14

Höhenfeuer in Morschach SZ als Symbol für eine weiterhin freie Schweiz  
Bild: Hermi Graf, Pfäffikon SZ





Feierstunde zur Wiedergeburt unserer Freiheit

# Schicksalsstunde der Schweiz

Ansprache von alt Bundesrat Christoph Blocher an der Freiheitsfeier der SVP vom 26. Juni 2021 in Morschach SZ.



(Bild: Patrick Schäfli, Liestal BL)

Liebi Fraue und Manne! Nicht zu einem Begräbnis des EU-Rahmenabkommens haben wir uns heute versammelt, sondern zu einer Feierstunde der Wiedergeburt unserer Heimat, der Schweiz.

Wir feiern hier in Morschach – im Angesicht der Rütliwiese, der Wiege der Eidgenossenschaft. Wir feiern,

weil durch einen mutigen und schicksalsträchtigen Entscheid der Landesregierung die schweizerische Unabhängigkeit und Selbstbestimmung verteidigt wurde. Das erfüllt uns alle, auch mich als früheres Mitglied dieser Behörde, mit Freude, Stolz und Dankbarkeit.

## Lob des Bundesrates und des Bundespräsidenten

Auch das Auftreten unseres Bundespräsidenten Guy Parmelin in Brüssel ist ein Lichtblick. Da steht der schweizerische Bundespräsident – der Stellvertreter unseres Volkes – als einfacher waadtländischer Weinbauer mit klaren, einfachen Worten vor der selbstsicheren EU und teilt nüchtern mit, dass sich die Schweiz und die EU über das vorliegende institutionelle Abkommen nicht einigen könnten – und dass die Schweiz deshalb die Verhandlungen beende. Aber die gutnachbarschaftlichen Beziehungen würden weiter gepflegt. Ja, meine Damen und Herren, um eine so klare, selbstverständliche Wahrheit zu sagen, braucht es keine hochgebildeten, diplomatischen, mit allen Ränkespielen vertraute Personen. «Ein Mann, ein Wort!» genügt.

## Keine fremden Richter

«Wir wollen keine fremden Richter haben!» So erklärten es die Eidgenossen in ihrem Bundesbrief von 1291. Und das ist auch die Botschaft bis heute geblieben. Das ist letztlich auch die Botschaft des Bundesratsbeschlusses vom 26. Mai 2021. Es ist die Mitteilung an die EU, dass sie nicht Gesetzgeberin anstelle des Schweizer Volkes wird. Das müssen die Machthaber der ganzen Welt – und seien sie noch so bedeutend – wissen. Ja, die Schweiz hat nach sieben Jahren zähen Verhandlungen unter kreuzfalschem Verhandlungsziel am 26. Mai 2021 so etwas wie eine Wiedergeburt erlebt.

**EP** Ehrensperger Partner  
Vermögensverwaltung

**Negativzinsen!  
Und jetzt?**

Ehrensperger Partner Vermögensverwaltung AG  
Hamelirainstrasse 15 | CH-8302 Kloten  
T +41 (0)44 815 59 01 | benno@ehrenspergerpartner.ch

Malerei AG, Spritzwerk  
Farbencenter



041 761 99 27  
[www.malerboesiger.ch](http://www.malerboesiger.ch)

50-Jahr-Jubiläum

### Wiedergeburt

Der Ort hier gebietet uns heute Abend, an den legendären Bundesbrief von 1291 zu denken. Hier, gegenüber dem Rütli, wollen wir es tun, wo die Eidgenossen einst geschworen haben: «Wir wollen sein ein einzig' Volk von Brüdern, / In keiner Not uns trennen und Gefahr. / Wir wollen frei sein, wie die Väter waren, / [...] Und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen.» Diese Bauern – Analphabeten – waren weise Menschen. Was sie beschlossen, hatte Bestand.

### Wilhelm Tell

Wir erinnern uns aber auch an Wilhelm Tell. Er war kein Anführer und auch kein Mitmacher. Nein, ein Langsamer, Schwerfälliger. Aber einer, der handelte und schliesslich zum Tyrannenmörder wurde. In seinen Hirtenschuhen stieg er herab von Bürglen und tat aus geheimnisvoller innerer Kraft das menschlich Richtige. Er handelte, ohne über Menschenrechte zu schwafeln. Tell war und ist Symbol des Widerstandes. Solche Menschen braucht die Gemeinschaft. Auf dem Rütli hat dann die Vertretung der Gemeinschaft des Volkes diesen Willen zum Widerstand in Worte und Formeln gegossen.

### Der Rütli-Schwur

Der Schwur vom Rütli richtete sich gegen alles, was von aussen her die kleine Gemeinschaft bedrohte. Der

## LACHEN VERBOTEN!

En Frömde hät en Appenzeller Buebli gfroget, worum die Goofe do alli mit de bare Füess umelaufid. «Ja si chömid eso uf d'Wält», hät da Buebli gsäät.



Bundesbrief von 1291 ist kein Jubel- und Lobgesang auf das Grosse, das Organisierte, kein Bückling vor dem europäisch-habsburgischen Verwaltungsstaat. So wie wir heute weit davon weg sind, einen Lobgesang auf die EU zu singen.

### Der Bundesbrief und seine Folgen

Der Bundesbrief sagt Nein zur ungerechtfertigten Einflussnahme von oben und von aussen. Bald schon sollte sich dieses Nein, dieser Widerstandswille bewähren, 1315 bei der Schlacht am Morgarten, die zum Glück dank einer Pfeilbotschaft: «Eidgenossen, hütet Euch am Morgarten!» gewonnen wurde.

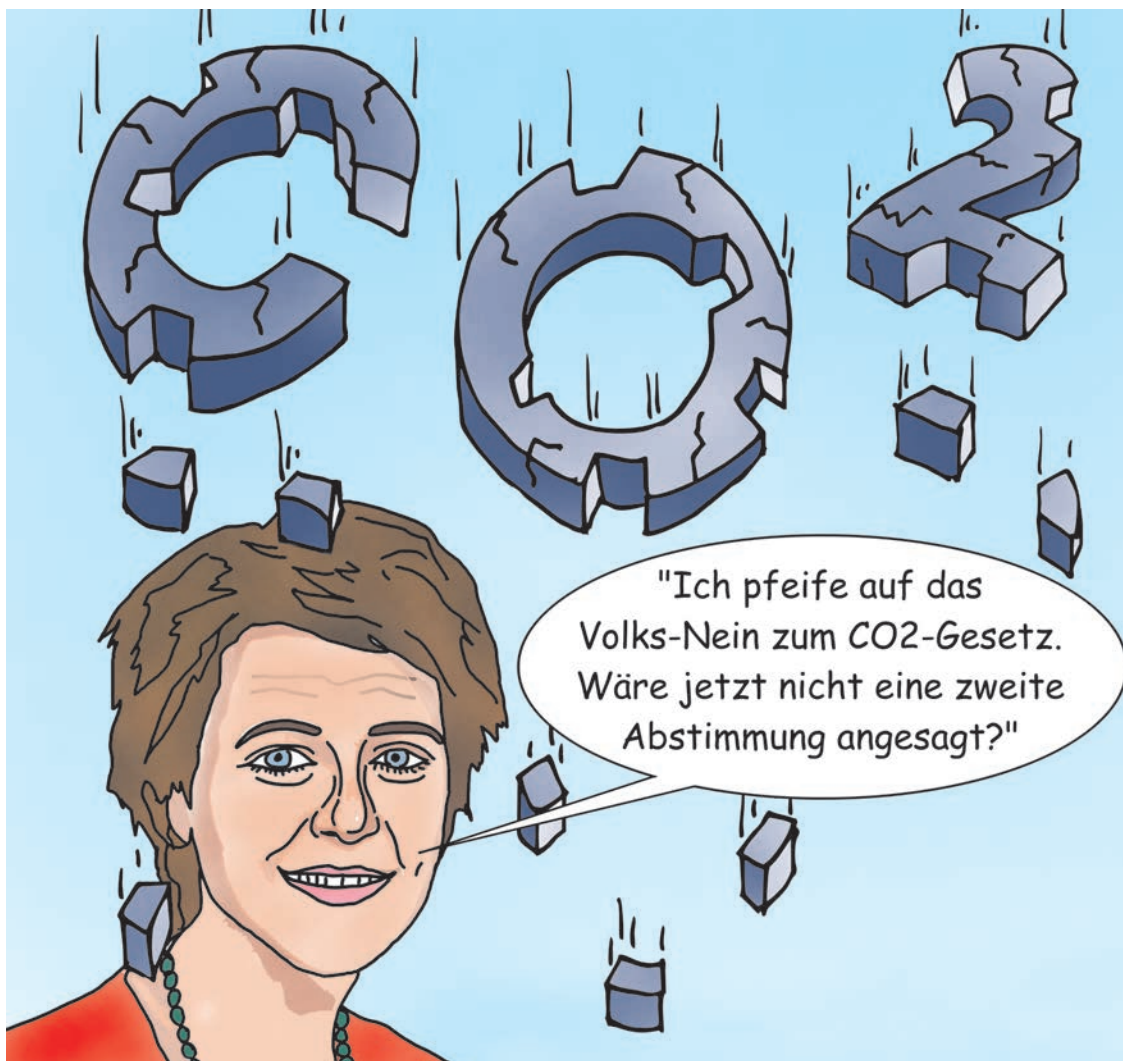
### Die rettende Botschaft

«Hütet Euch!» Diese kluge Warnung gilt auch heute ganz besonders. Nach dem geschichtlich bedeutenden Rütli Schwur war das «Hütet Euch» die rettende Bot-

Fortsetzung auf Seite 5

### Direkte Demokratie à la Sommaruga

cartoonexpress.ch  
Martin und Jürg Guhl







# MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



## ➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Loitzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18  
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



## DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



# WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00



schaft. Sie gilt auch heute nach dem Nein des Bundesrates zur institutionellen Einbindung in die EU: Hütet Euch! Denn die Gefahr ist im Moment gebannt, aber nicht verschwunden. Der Hauptharst der classe politique strebt nach wie vor die automatische Rechtsübernahme, die Entscheidungsgewalt der fremden Richter und die Unterschrift unter den landesverräterischen Vertrag an, der mit der doppelten Guillotine-Klausel faktisch ein Kündigungsverbot bedeutet hätte.

All das wird früher oder später wieder auf den Tisch kommen. Schon heute sprechen die Linken, die Grünen, die Grünliberalen von einem neuen Kolonialvertrag EWR und einem EU-Beitritt. Aber Roger Köppel sagte treffend, was die SVP zu tun hat: «Eidgenossen, hütet Euch im und vor dem Bundeshaus.»

### Mahnfeuer

Darum sind die Höhenfeuer, die die SVP heute Abend in 26 Kantonen entzündet, nicht nur Dankesfeuer, sondern auch das, was sie schon immer waren: **Mahnfeuer, die das Schweizervolk zur Wachsamkeit aufrufen.**

Widerstand leisten, das ist die Aufgabe der SVP, oft allein – alle gegen die SVP. Das war die letzten Jahre so und wird leider so bleiben. Als einzige Bundesratspartei hat die SVP das Rahmenabkommen bekämpft und das verheerende CO<sub>2</sub>-Gesetz verhindert. Und sie hat massgeblich dafür gesorgt, dass die extremistischen Agrarinitiativen bachab geschickt wurden.

Die Schweiz wäre ohne die SVP kein «eidgenössischer, freiheitlicher, direktdemokratischer, selbstständiger und wohlhabender Staat.»

### Weitermachen

Unser Auftrag, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, ist klar: In Dankbarkeit gegenüber Gott wollen wir alles Menschenmögliche tun, damit unser Schweizerland, unsere Heimat, auch in Zukunft frei bleibt.

Es lebe die Schweiz!

*Christoph Blocher*



## Ihr Inserat

*in der Schweizerzeit:*

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

**Markus Rezzonico**  
Inserate-Akquise  
SVP-Delegierter  
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61  
markus.rezzonico@dietschi.ch

## Aufstand der Ausverkäufer



Aufruhr im Land: Diejenigen, welche die Schweiz per Rahmenvertrag Brüssel zu unterwerfen trachteten, proben den Aufstand. Der Bundesrat habe, weil er den von der EU angestrebten Rahmenvertrag als für die Schweiz «untauglich» erklärte, die Verfassung gebrochen. Als hätte bereits Brüssel, nicht der Schweizer Souverän das letzte Wort über Geltendes und Nichtgeltendes im Lande der Eidgenossen.

Thomas Cottier heisst der Professor, der als Wortführer der Ausverkäufer schweizerischer Eigenständigkeit den Protest anführt. Ausgerechnet Thomas Cottier, der – völlig eigenmächtig – zu dozieren pflegt, dass all das, was Diplomaten und Funktionäre auf internationalen Konferenzen absegnen, die Schweiz automatisch binde. Auf diese Weise entstünde Völkerrecht, das generell über der Schweizer Verfassung stehe. Höchstens im vorigen oder vorvorigen Jahrhundert Stehengebliebene könnten noch glauben, was eine internationale Elite festlege, darüber habe der hiesige Pöbel noch etwas zu sagen.

Internationale Konventionen seien als Völkerrecht für jeden Staat abschliessend verbindlich. Andernfalls sei er ein Schurkenstaat. Und Thomas Cottier, der solche «Lehre» verbreitet, wirft jetzt dem Bundesrat vor, er habe das von Cottier als in aussenpolitischen Dingen immer als überfordert hingestellte Volk, den Souverän, übergangen, als er die Verhandlungen über den Rahmenvertrag mit Brüssel abbrach.

Das Staatsvertragsreferendum verlangt, dass der Bundesrat dann, wenn eine von ihm eingegangene Vereinbarung mit anderen Staaten hiesiges Verfassungsrecht tangiere oder beeinträchtige, dann müsse dem Volk das letzte Wort zum entsprechenden Vertrag eingeräumt werden.

Cottier aber, der sich nie auch nur im geringsten für die schweizerische Unabhängigkeit eingesetzt hat, wirft jetzt dem Bundesrat vor, er hätte seinen ausdrücklichen Verzicht auf Preisgabe der Unabhängigkeit der Schweiz dem Volk vorlegen müssen. Nicht eine Tat, nicht eine Abmachung, vielmehr die Nicht-Tat, die Nicht-Abmachung, der Nicht-Ausverkauf der Unabhängigkeit gehöre vors Volk.

Und aus solcher Rechthaberei will er jetzt gar eine Volksinitiative zusammenschustern.

Ehrlich: Wir freuen uns auf die Abstimmung – auf die Verwerfung einer Initiative, die den Ausverkauf der Schweiz an Brüssel verlangt.

*Ulrich Schlüer*

Spalte  
rechts



Aus der Lethargie aufwachen

# Der Tod und die Naivität

von Isabel Villalon, Ingenieurin im Fach Maschinenbau mit Spezialgebiet Energie

Irgendwo in einer ziemlich unbekanntem Stadt in China kommt (absichtlich) ein neuartiges Virus in Umlauf. Innert einem knappen Monat und aufgrund der Interdependenz des herrschenden wirtschaftlichen Systems, der Globalisierung, wird die ganze Welt damit verseucht. Dies legt sowohl die Schwächen vieler Nationen offen als auch die Stärken von einigen wenigen – denn sowohl Stärke wie Schwäche können in der zeitlichen Reaktion und der Effektivität der Massnahmen von Staaten gemessen werden.



Die Weltbevölkerung beträgt momentan acht Milliarden Menschen, das neuartige Virus aus China hat rund vier Millionen Tote verursacht. Die Relation der Mortalität zur Weltbevölkerung ist daher unbedeutend. So tragisch und vermeidbar jeder einzelne Tod auch war, haben sich die auf staatlicher Ebene getroffenen Massnahmen wirklich gelohnt? War die Reaktion angemessen?

In der westlichen Staatengemeinschaft wohl nicht, erstens hat man Millionen von neuen Arbeitslosen geschaffen, zweitens wurde die monetäre Masse um rund 20% erhöht, insbesondere durch Aufstockung der staatlichen Verschuldung. Die Folgen sind eine rasende weltweite Inflation und eine weitere Aushöhlung des Finanzsystems. Die westlichen Währungen basieren nun immer mehr auf den Schulden von staatlichen Emittenten und immer weniger auf realen Werten, wobei diese realen Werte aufgrund der Inflation derzeit preislich explodieren (siehe globaler Preisschub, bei Immobilien beispielsweise).

Die Reaktion der westlichen Staatengemeinschaft auf das neuartige China-Virus war stark übertrieben, ich würde sogar behaupten, von Panik getrieben. Die Pa-

nik vor dem Tod. Denn der Tod ist in der westlichen Welt nicht mehr hoffähig. Sobald viele Tote zu befürchten sind, zieht man in der westlichen Welt den Schwanz ein, salopp ausgedrückt. Diese Tatsache blieb neu aufstrebenden Mächten nicht verborgen.

## Ein neues Zeitalter

Wir gleiten daher in ein neues Zeitalter, einer neuen Weltordnung sozusagen, geprägt von vielen, die den Tod fürchten und wenigen, welche sich darum foutieren. Man bemerke etwa das Hauptmerkmal des radikalen Islamismus seit seinem Entstehen. Je mehr Blut fliesst, je brutaler und menschenunwürdiger die Attentate, desto mehr Anhänger finden sich bereit, sich dem Dschihad anzuschliessen.

Dies ist jedoch kein Phänomen von Terrororganisationen. Auch staatliche Akteure profitieren von einem möglichst rücksichtslosen Vorgehen. Meine Behauptung: Neue, aufstrebende Grossmächte in der Welt sind insbesondere gewillt, über Leichen zu gehen. Ein Herr Erdogan etwa, der sich ziemlich erfolgreich ein neottomanisches Imperium im Mittleren Osten, Nordafrika und Zentralasien aufbaut. Russland, welches dank hochprofessionell und verdeckt agierenden Söldnern (Organisation Wagner) und dem militärischen Geheimdienst GRU mittlerweile sogar wieder in Afrika expandiert (Zentralafrikanische Republik). Und nicht zu vergessen China, wo ein Menschenleben überhaupt keine Rolle spielt und die kommunistische Partei keine moralischen Bedenken hatte, weltweit ein neuartiges Virus zu lancieren, um die eigene Hegemonie voranzutreiben.

Der vom römischen Denker Seneca geäusserte Satz: «Ich beherrsche dein Leben, weil ich meinem Leben keinen Wert beimesse», wird das weltweite Geschehen zukünftig prägen, davon darf man ausgehen. Doch was kann der Westen tun, um sich zu schützen? Was kann die Schweiz als Kleinstaat tun, um nicht davon tangiert zu werden?

## Nicht naiv sein

Der wichtigste Ratschlag: Nicht naiv sein. Der Westen darf sich auf keinen Fall einbilden, dass diese aufstrebenden Mächte und Ideologien (Islam) nach ähnlichen Wertesystemen handeln wie er selbst. Oder noch schlimmer: Er soll ja nicht davon ausgehen, dass diese



**ZANETTI**  
CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08  
Telefax 081 844 10 20  
Mail: [info@zanettispecialita.ch](mailto:info@zanettispecialita.ch)  
[www.zanettispecialita.ch](http://www.zanettispecialita.ch)

**Filiale Bahnhof Chur**  
(nur 1 Minute vom  
Billettschalter entfernt)  
Telefon 081 253 60 60



überzeugt werden können, sich zukünftig nach westlichem Muster zu verhalten – ein stets wiederkehrender Fehler der progressiven Kräfte in der westlichen Politik.

Taiwan etwa glaubte seit der ersten Minute des Auftretens des Virus in Wuhan weder den chinesischen Behörden noch der Weltgesundheitsorganisation ein Wort und zögerte keinen Tag, die über 300 Flugverbindungen pro Woche mit China zu kappen. Nicht einmal die Vereinigten Staaten von Amerika, mit den verschiedenen milliardenverschlingenden Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden taten dies. Warum? Naivität. Auch hierzulande glänzte das BAG mit seiner zögerlichen Haltung, obwohl sich das Virus bereits von Italien aus ankündigte und die Schweizer Armee eine sehr akkurate Lagebeurteilung lieferte. Der Grund dafür dürfte in der politischen Führung dieses Bundesamtes zu finden sein mit dem stark vorhandenen links-naiven Weltbild.

#### Komplexe Wehrtechnologie

Ein weiterer Aspekt dürfte die Tatsache sein, dass der Westen – auch die Schweiz – immer mehr auf komplexe Wehrtechnologie setzt. Die in der Gesellschaft nicht vorhandene Bereitschaft, eigene menschliche Opfer zu erbringen, wird mit dem Zukauf komplexer Militär- und Überwachungstechnologie zu kompensieren versucht. Ob dies auf die Dauer erfolgreich sein wird, ist zu bezweifeln. Das neuste Beispiel ist der Rückzug Frankreichs aus Mali. Dort hatte die Grande Nation 5'000 Soldaten stationiert, unterstützt mit der neusten Satelliten- und Wehrtechnologie, um den Islamismus in der Region zu stoppen. Vor der Nase der ahnungslosen Franzosen spielte sich ein Staatsstreich ab, und die Franzosen wurden nach Hause geschickt. Ende des Abenteuers.

#### Aus der Lethargie aufwachen!

Die Antwort auf die technologische Hochrüstung des Westens ist eine asymmetrische Kriegsführung, Terror, verdeckte biologische Angriffe, Söldner, militärische Geheimdienste, Hackerattacken und dergleichen. Die Schweiz sollte aus der Lethargie aufwachen, die Bevölkerung über diese Gefahren aufklären und politisch vorbereiten, wie auch die Ressourcen von Geheimdienst und Militär dementsprechend ausrichten.

Leider wird die Zukunft nicht frei von menschlichen Opfern sein. Je mehr wir uns vor dem Tod fürchten, desto mehr Todesopfer werden wir erleiden.

*Isabel Villalon*

## 1. August: Jetzt Flagge zeigen!

**Auf jedes Haus gehört eine Schweizerfahne!**



#### Top in Qualität und Preis!

Qualitativ hochwertige Fahnen aus bestem Spunpolyester Stoff, auch Schiffsflaggentuch genannt. Sehr widerstandsfähig und langlebig.

#### Ja, ich bestelle:

- \_\_\_ Ex. Schweizerfahne **1 x 1** Meter      à Fr. **54.-**
- \_\_\_ Ex. Schweizerfahne **1.2 x 1.2** Meter      à Fr. **57.-**
- \_\_\_ Ex. Schweizerfahne **1.5 x 1.5** Meter      à Fr. **59.-**

*Inkl. MwSt. und Versand.*

*Verpackung, Versand und Fakturierung durch Patriot.ch*

#### Bitte gut lesbar ausfüllen:

Vorname \_\_\_\_\_  
 Name \_\_\_\_\_  
 Strasse \_\_\_\_\_  
 PLZ / Ort \_\_\_\_\_  
 Tel \_\_\_\_\_  
 Mail \_\_\_\_\_

#### Talon einsenden an:

Schweizerzeit, Postfach 54

8416 Flaach

Mail: [info@schweizerzeit.ch](mailto:info@schweizerzeit.ch)

Fax: 052 301 31 03

**Einsendeschluss: Mittwoch, 14. Juli 2021**

**In Zusammenarbeit mit**



**SVMMARVM**

UNABHÄNGIGES MAGAZIN MIT AKTUELLEN BERICHTEN UND ANALYSEN  
 HERAUSGEBER ROLAND KELLER

Das Magazin für unbetreutes Denken. Denken Sie selbst!



## Leserbriefe

### Landwirtschaft damals und heute

(zum Beitrag «Getreideabkommen Schweiz-USA 1917», SZ Nr. 12/2021 von Hanspeter Olbrecht). Mein Grossvater hat mir viel über die damalige Zeit erzählt. Er hatte einen 21 Hektar-Milchwirtschaftsbetrieb, 32 Kühe, 20 Schweine, 2 Pfauen, 30 Hühner, 4 Pferde und einem zugehörigen Landgasthof.

Im Ersten Weltkrieg waren viele Bauern in den Aktivdienst eingerückt, und die Arbeit lastete vor allem auf den älteren Jahrgängen, den Frauen und Kindern. Damals brauchte man für die 21 Hektaren mehrere Pferde und zwei Knechte. Eine Kuh gab kaum mehr als 10-12 Liter Milch; heute sind es 30 und mehr Liter. Ein gutes Zugpferd kostete 1914 um die 700 Franken, und der Pachtzins für den 21 Hektar-Betrieb, der dem Kanton gehörte, betrug 7'200 Franken pro Jahr. Als mein Vater 1936 die Kavallerie-RS machte, kostete ein gutes Pferd nur noch 350 Franken. Die Pacht für den Betrieb sank in der Folge auf 3'500 Franken. Die Motorisierung hatte gerade begonnen. Pferde wurden günstiger, Pachtbetriebe auch. 1914 gab's nur den Sold, eine AHV existierte noch nicht.

1917 hatten wir in der Schweiz viel mehr Landwirtschaftsland – und nur 3,5 Millionen Einwohner. Dennoch konnte unser Land nicht alle aus eigener Kraft ernähren. Heute haben wir viel weniger Landwirtschaftsfläche – jedoch 8,5 Millionen Einwohner – und jedes Jahr verlieren wir die Fläche einer kleineren Stadt wegen der Massenzuwanderung. Und wir schaffen es gerade noch, etwa 60% unserer Einwohner zu ernähren. Wir sollten unseren Bauern ein dickes Lob aussprechen, denn sie sind wirklich produktiv, tüchtig und dem Fortschritt zusetzen. Die Vorstellung der Sozis und der Grünen von einer Landwirtschaft als «Garten mit Zoo und Tieren zum Kuschneln» ist und bleibt eine Illusion.

Walter Roth, St. Gallen

### Kampf dem Gender-Unwesen

Eine regelrechte Flutwelle von «genderechten» Artikeln und Leserbriefen spült gegenwärtig durch die Zeitungen. Einer der Auslöser ist die «Fachstelle für Gleichberechtigung» der Stadt Zürich, welche zuhänden der Lehrkräfte eine Broschüre herausgegeben hat über die Handhabung des ganzen Themenkreises vorab in den Schulen. Diese Aktion wurde von etwelchem Protest begleitet, weil die Damen der Fachstelle ihr Vorgehen mit kaum zu überbietender Arroganz hinter dem Rücken des zuständigen Departementvorstehers (!) tätigten, womit sie gleich einmal signalisierten, welche Gesinnung in ihren Gemarkungen herrscht. Es wird nun heiss diskutiert über alles, was mit LGBTI, Regenbogen, Genderstern, Binnen-I und dergleichen zusammenhängt. Die Fachstelle möchte natürlich, dass die Lehrerschaft den Gendersternchen möglichst umgehend auch den Einzug in die Schulzimmer und

den Deutschunterricht ermöglicht, was wiederum erbitterte Reaktionen sprachbewusster Lehrerinnen und Lehrer hervorbringt. Empörung verursacht u. a. auch die Anregung, in den Schulhäusern eine dritte Sorte WCs einzurichten für Kinder, welche sich keinem der beiden «Hauptgeschlechter» zugehörig fühlen.

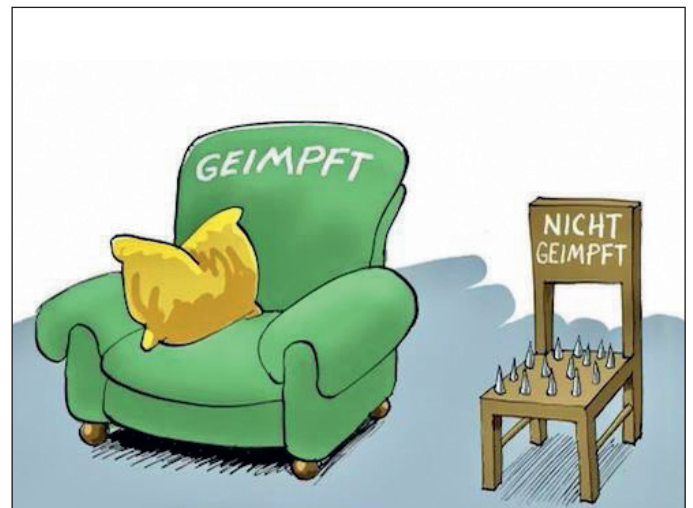
Ein Gendersternchen ist meines Erachtens Sprachverhunzung und hat in den Schulzimmern nichts zu suchen. Ebenso sind drei Sorten WCs in den Schulanlagen nun wirklich nicht das Vordringlichste, um eine Gleichberechtigung herbeizuführen. Und wenn sich jetzt plötzlich Firmen in der Reklame gegenseitig mit Regenbogenfarben überbieten, hat das mehr als einen schalen Beigeschmack. Meine Bitte: Geben Sie sich einen Ruck und nehmen Sie Stellung zu Zeitungsartikeln, mit denen Sie nicht einverstanden sind, oder sagen Sie Ihre Meinung in Gremien, welche die entsprechenden Themen behandeln. Es darf nicht sein, dass diese Flutwelle alles Vernünftige und Bewährte rücksichtslos wegspült.

Hans-Peter Köhli, Zürich

### «Europa» streitet über Nebenschauplätze

Der Zustand der EU zeigte sich augenscheinlich am kürzlichen Gipfeltreffen. Siebzehn Staatschefs diskutierten und verurteilten zeitraubend ein ungarisches Homophobie-Gesetz. Statt sich mit den enormen Herausforderungen der Zukunft der EU zu befassen, wird dieses periphere Thema von Staatschefs hochgespielt, die von Regenbogenaktivismus getrieben werden. Derweilen treiben China und Russland die Europäische Union in den Konfliktregionen vor sich her, weil Brüssel keine klaren Konzepte hat. Die Beziehungen zur anklopfenden Türkei und zur NATO müssen endlich geklärt werden, und es müssen Antworten gegenüber Russland und China gefunden werden. Ebenso braucht Brüssel taugliche Lösungen zur Migrationspolitik und zur gigantischen Schuldenwirtschaft. Wenigstens hat sich Bundeskanzler Kurz für gute Beziehungen zur Schweiz «ohne Nadelstiche» ausgesprochen.

Roger E. Schärer, Trin Mulin GR



Zweiklassengesellschaft (zugesandt von Daniel Stüssi, Zug)

Ehe für alle – Wehe für alle!

# Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer/ Questioning, Intersex, Asexuell/Aromantisch ...

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Seit Jahren arbeiten die queer-Verbände daran, die queer-Familie einzuführen. Nun stehen sie kurz vor dem Durchbruch.



Mit der «Ehe für alle» sollen gleichgeschlechtliche Ehepaare neu auch Kinder adoptieren können und für Frauen-Paare wird neu auch die Samenspende zugelassen. Justizministerin Karin Keller-Sutter erklärte, es gebe aus Sicht von Bundesrat und Parlament keinen Grund, gleich-

und verschiedengeschlechtliche Lebenspartnerschaften unterschiedlich zu behandeln. Sekundiert wird die Exekutive wie immer vom staatlichen Zwangsfernsehen, welches allen Ernstes behauptete, die Verfassung gewährleiste Schwulen das Recht, Kinder zu adoptieren.

## Nein zur Ehe für alle

Ein Komitee «Nein zur Ehe für alle!» bestehend aus Nationalrätinnen und -räten der SVP und der Mitte sowie EDU-Politikern hat das Referendum gegen die Vorlage ergriffen. Es hat vor allem das Kindeswohl im Blick. Denn die Samenspende wird ansonsten vom medizinischen Ausnahmefall zum gesetzlichen Regelfall – ohne Rücksicht auf die Konsequenzen für die Kinder. Auch das Recht, seine beiden biologischen Eltern zu kennen und von ihnen betreut zu werden, bleibt den Kindern bis zum 18. Lebensjahr grundsätzlich verwehrt. Dabei ist die Verwurzelung in der Ursprungsfamilie für die kindliche Identitätsbildung zentral. Es scheint im Menschen angelegt zu sein, seine Erzeuger zu kennen, allein schon weil man seine Abstammung und Vorgeschichte kennen möchte. Bei der «normalen» Adoption sehen wir das deutlich: Nicht zu wissen, woher man eigentlich stammt, woher bestimmte Eigenschaften stammen und wo man dazugehört, kann grosse Krisen auslösen.

## Kindeswohlgefährdung mit Ansage

Eltern, welche Kinder adoptieren sind zwar in aller Regel überdurchschnittlich motivierte Eltern und setzen alles daran, den adoptierten Kindern grösstmögliche Geborgenheit zu bieten. Dennoch haben adoptierte Kinder überdurchschnittlich oft Probleme – nicht von den biologischen Eltern betreut zu werden, ist für ihre Identitätsbildung offenbar problematisch. Bei der Homo-Ehe haben nun die Kinder zu 100% mindestens einen «Elternteil», der offensichtlich nichts mit ihnen zu tun hat. Identitätsprobleme sind da vorprogrammiert. Kinder brauchen zudem Vorbilder von beiden Geschlechtern – die Samenspende für lesbische Paare

verwehrt ihnen jedoch per Gesetz den Vater. Natürlich können homosexuelle Paare Kinder genauso lieben, aber sie können nicht die Mutter oder den Vater ersetzen, die für die Vorbildfunktion sehr wichtig sind. Diese Kinder, welche schon durch das Fehlen eines biologischen Elternteils benachteiligt werden, werden so noch viel grösseren Belastungen ausgesetzt. Das ist eine Kindeswohlgefährdung mit Ansage.

## Überhöhung des Schwulseins

Das Hauptargument, das man immer hört ist, es gebe ja viele Kinder, die nur mit einem Elternteil aufwachsen würden. Bei homosexuellen Eltern hätten die Kinder immerhin zwei Mütter oder zwei Väter, welche sich um sie kümmern würden. Natürlich ist dieses «Argument» keines, denn auch diese Paare können sich trennen. Dass dennoch damit für die «Ehe für alle» geworben wird zeigt, dass die Befürworter in ihrer Radikalität den Bezug zur Realität verloren haben und Homosexuelle grundsätzlich als edlere Menschen ansehen. Die «Ehe für alle» mit «eigenen» Kindern mag für homosexuelle Paare einen Prestigegewinn bedeuten – sie ist aber vor allem ein gefährliches Experiment.

Gerne hätte ich an dieser Stelle noch etwas sehr Kritisches gesagt, aber weil der «Diskriminierungsartikel» im Strafgesetzbuch so unscharf gefasst ist, dass man nicht weiss, was man noch sagen darf, verzichte ich darauf. Sie müssen es mir halt auch so glauben: Ein Nein zur «Ehe für alle» ist wichtig.

Hermann Lei

## Churz & Bündig

Der Verkehrsclub (VCS), frustriert ob dem Volks-Nein zum CO<sub>2</sub>-Gesetz, präsentiert einen neuen Vorschlag: Benzinpreis-Aufschlag statt der (abgelehnten!) zwölf Rappen um einen vollen Franken. Rigorose Zerstörung der KMU-Wirtschaft ist offensichtlich das Ziel dieser Steuerzahler-Abzocker-Organisation.

\*

Ein unter Terrorismus-Verdacht verhafteter Vorbeter (Imam) der Winterthurer An'Nur-Moschee erteilt aus dem Gefängnis heraus telefonisch Mordaufträge. Was braucht es eigentlich noch, bis diesem Hassprediger die Strafe auferlegt wird, die ihn tatsächlich hart treffen würde? Die Ausweisung aus der Schweiz auf Lebenszeit!

us



Meinungsfreiheit verkaufen?

# Nein zu staatlich finanzierten Medien!

von Peter Weigelt, Präsident des Referendumskomitees, Nationalrat von 1995–2006, damals Kommissionsprecher zum revidierten Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG) und zum revidierten Fernmeldegesetz (FMG), St. Gallen

Das vom Parlament unter dem Titel «Massnahmenpaket zugunsten der Medien» zusammengeschusterte Subventionsmonster ist nicht nur finanzpolitisch, sondern vor allem staats- und wettbewerbspolitisch höchst fragwürdig. Denn die Medien-Subventionen in Milliardenhöhe füllen vor allem die Taschen der grossen Verlage und untergraben die wichtige Funktion der Medien als «4. Gewalt» im Staat. Die so gekauften Medien verlieren ihre Wächterfunktion gegenüber Politik und Verwaltung. Ihre Staatsabhängigkeit macht sie unglaublich. Mit einem breit abgestützten Referendum soll dieser verhängnisvollen Entwicklung Einhalt geboten werden, im Dienst der Meinungsvielfalt und unserer direkten Demokratie.



Die Verlage in der Schweiz kassieren schon heute jährlich über 50 Mio. Franken für die Verbilligung der Zustelltaxen und 81 Millionen Franken als Anteil aus den SRG-Gebühren. Weitere 130 Millionen Franken schenkt ihnen der Bund durch einen reduzierten Mehrwertsteuersatz. Jetzt sollen diese Subventionen nochmals um 125 Mio. Franken aufgestockt werden. Und dies gleich fixiert für 7 Jahre – also wohl für immer.

Insgesamt würden damit die Verleger mit ihren Zeitungen und Radio/TV-Stationen ab 2022 die Steuerzahler jährlich 400 Millionen Franken kosten, über 7 Jahre gegen 3 Milliarden! Dies zusätzlich zu den Radio- und TV-Gebühren, für die wir bereits heute Jahr für Jahr mit weit über einer Milliarde Franken zur Kasse gebeten werden.

## Millionen Steuerfranken in die Taschen der Verleger

Den Milliarden-Geldsegen aus der Bundeskasse würden hauptsächlich die Grossverleger und deren Aktionäre einstreichen. Denn selbst börsenkotierte Verlage wie die TX Group («Tages-Anzeiger»), Medienkonzerne wie die NZZ oder reiche Verlegerdynastien wie die Ringiers oder die Wanners würden im grossen Ausmass profitieren.

Die Zeitungsverleger argumentieren, der Staat müsse ihnen die «Transformation ins Internet» bezahlen. Das

«Die geplanten Mediensubventionen sind verfassungsrechtlich inakzeptabel, staats- und demokratiepolitisch schädlich und wettbewerbspolitisch diskriminierend.»

ist Augenwischerei, denn diese Transformation hat längst stattgefunden. Die grossen Verlage erzielen schon heute bis 80 Prozent ihres Gewinns im digitalen Geschäftsfeld. Dies beweisen auch die Geschäftszahlen von Tagesanzeiger, NZZ, Ringier und CH Medien, die zusammen im Corona-Jahr 275 Mio. Franken operativen Gewinn ausgewiesen haben. Trotzdem hiess es in der Debatte im Nationalrat zum Beispiel von Edith Graf-Litscher (SP/TG): «Den Medienhäusern steht das Wasser bis zum Hals». In Tat und Wahrheit schrieb im Coronajahr 2020 kein Zeitungsverlag rote Zahlen. Da gäbe es andere Branchen, denen es viel schlechter ging und die auch heute noch vergeblich auf das Wohlergehen von Bundesbern hoffen.

## Direkte Medienförderung – ein Verfassungsbruch

In unserer Bundesverfassung heisst es im Artikel 93 unmissverständlich, dass der Bund ausschliesslich Radio und Fernsehen unterstützen darf – also weder Presse-



**«Die direkte Medienförderung ist ein Tabu- und Verfassungsbruch, der so nicht hingenommen werden darf.»**

noch Internetangebote. Das Medien-Subventionspaket missachtet damit unsere Bundesverfassung. Die Verfassungswidrigkeit von direkten Mediensubventionen ist auch innerhalb der Bundesverwaltung aktenkundig. Die Wettbewerbskommission (Weko) geisselt die Geldverteilung als «verfassungswidrig», «wettbewerbsverzerrend» und «ineffizient». Sie beantragte dem Bundesrat, den Ausbau der Subventionen «vollumfänglich zu streichen».

Trotzdem hat Medienministerin Sommaruga durchgesetzt, dass Online-Medien direkt gefördert werden. Die direkte Medienförderung ist ein Tabu- und Verfassungsbruch, der so nicht hingenommen werden darf. Das Referendum gegen diese staatspolitische Ungeheuerlichkeit und finanzielle Unverfrorenheit ist daher zwingend.

#### Staatsabhängige Medien sind demokratiefeindlich

Der Volksmund weiss: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing». Dies gilt auch für staatsfinanzierte Medien, die ihre Funktion als vierte Gewalt im Staat nicht mehr erfüllen können und damit unsere Demokratie schädigen. Die geplanten Milliarden-Subventionen bedeuten also nicht nur das Ende der freien und unabhängigen Medien in der Schweiz. Mit dem Kauf der Medien zerstört die Politik auch unsere Meinungsfreiheit und -vielfalt.

Ephraim Kishon sagte einmal: «Medien sind bellende Wachhunde der Demokratie». Zumindest in der Schweiz mutieren diese vermeintlichen Wachhunde immer mehr

zu Schosshündchen; heute an der Leine von Bundesrätin Simonetta Sommaruga und morgen von neuen Amtsträgern, die an den Schleusen der Staatskasse sitzen.

**«Den Milliarden-Geldsegen aus der Bundeskasse würden hauptsächlich die Grossverleger und deren Aktionäre einstreichen.»**

#### Deshalb braucht es das Referendum

- Börsenkotierte Medienkonzerne und millionenschwere Verleger, die selbst im Coronajahr 2020 noch fette Gewinne machten, brauchen definitiv keine Subventionen.
- Besonders verhängnisvoll ist, dass Gratis-Zeitungen und kostenlose Online-Medien bewusst von Subventionen ausgeschlossen werden. Damit zementiert der Staat die bestehenden Medien-Monopole zu Lasten kleiner privater Angebote sowie lokaler und regionaler Initiativen.
- Staatlich finanzierte Medien sind Gift für die Demokratie, da sie die öffentliche Debatte verhindern und die Medienvielfalt zerstören.

**Unterschreiben Sie bitte den beigelegten Referendumsbogen und sammeln Sie Unterschriften gegen die Gier der Verleger und die Verschleuderung von Steuergeld. Vor allem aber gegen den Verkauf unserer Meinungsfreiheit und die Gefährdung unserer direkten Demokratie. Ohne freie und unabhängige Medien gibt es keine kritische Öffentlichkeit. Und ohne kritische Öffentlichkeit gibt es keine Demokratie.**

Peter Weigelt

## Wenn Abstimmungen eine Bedeutung hätten...



... wäre es uns wohl längst verboten, sie abzuhalten. Zu der Konklusion gelangt man, blickt man auf manche links-liberal-grüne Parlamentarier im Lande, die ihnen missliebige Mehrheitsbeschlüsse des Volkes nicht anerkennen.

Die links-grüne politische Meinungsfront tut sich sichtbar schwer, Volksentscheide zu respektieren, wenn das Ergebnis ihren Vorstellungen nicht entspricht. Als 2014 die Schweizer Stimmbürger trotz Widerstands der linksorientierten «classe politique» Zustimmung erhielten zur Masseneinwanderungsinitiative (MEI) der SVP, verweigerte die SP-Fraktion die Anerkennung des Resultats. Zwei Protagonisten taten sich in Negierung des Volkswillens besonders hervor: SP-Fraktionschef Roger Nordmann forderte eine «Korrektur-Abstimmung» mit der «Begründung», die vox populi konvergiere nicht mit SP-Intensionen. Argumentativ ähnlich unbeholfen der Berner BDP-Nationalrat Hans Grunder, der via Parlamentarische Initiative das Abstimmungsergebnis gar aus dem politischen Landschaftsbild radieren wollte.

Doch es sind noch weitere Kreise, die sich um Volksentscheide foutieren. Als die Mehrheit der Kantone zur «Konzern-Initiative» eine Grünen-Vorlage ablehnte, empfahl Juso-Präsidentin Ronja Jansen unter Missachtung demokratischer Prinzipien: «Das Ständemehr gehört auf den Müllhaufen der Geschichte.» Konsternt rätselt man, was solches Ausmass an Stillosigkeit gebiert. Und wird rasch fündig: Bundesrätin Sommaruga (SP) tat unmittelbar nach dem CO<sub>2</sub>-Urnengang kund: «Wir fordern eine zweite Runde!»

Derselbe Niedergang an politischer (Streit-)Kultur auch bei der Kampfflugzeugbeschaffung: Noch während der Bundesrat beraten hat, drohten SP, Grüne und GSoA in unheiliger Allianz schon mit einer Gegeninitiative. Solches Unvermögen, missliebige Wahlergebnisse anzuerkennen, nährt die Vermutung, man verweigere sich der Erkenntnis, dass gleichwohl mehr als die Hälfte des Volkes in mehr als der Hälfte der Fälle recht hat. Viele Linke-Liberale und Grüne lehnen trotzdem die Mehrheitsbeschlüsse des Volkes dezidiert ab: Wie schade, wie dumm.

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch





Und bist du nicht willig ...

# ... so brauch' ich Gewalt

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

In etwa so könnte man das Verhalten von Leuten beurteilen, welche eine demokratische Abstimmung verloren haben und das Resultat nicht akzeptieren.



Ein «leuchtendes» Beispiel für diese Demokratieverachtung ist die Abstimmung vom 13. Juni 2021 zum CO<sub>2</sub>-Gesetz, welches von einer Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger abgelehnt wurde. So hat zum Beispiel am Sonntagabend, als das Abstimmungsresultat definitiv vorlag, das Schweizer Fernsehen

SRF bekannt gegeben, dass das Gesetz «knapp abgelehnt» worden sei. In Tat und Wahrheit war es eine wuchtige Ablehnung in Anbetracht des Umstandes, dass alle Mainstream-Medien – und mit dabei selbstverständlich unser gebührenfinanziertes Fernsehen sowie sämtliche Parteien mit Ausnahme der SVP – monatelang für ein Ja an der Urne gewiebelt hatten. Und nachdem die Nachwahlbefragung ergeben hatte, dass ausgerechnet die jüngsten Stimmberechtigten dem Gesetz eine massive Abfuhr erteilt hatten, folgten dazu die medialen Berichterstattungen eher verhalten.

Man tat sich offenbar schwer mit der Tatsache, dass dauernd von der «Klimajugend» schwadroniert und dabei fälschlicherweise insinuiert wurde, dass diese Minderheit alle jungen Bürgerinnen und Bürger unseres Landes repräsentiere. Notabene hat sich die an anderer Stelle so verachtete ältere Generation weit weniger ablehnend gegenüber diesem Geldverlockungs-Gesetz gezeigt.

## Drohbrief an den Bundesrat

Selbstverständlich wollen die Jünger der militanten Klimaschutzbewegung «Extinction Rebellion» das Volksverdikt nicht akzeptieren, und sie haben dazu dem Bundesrat einen Drohbrief geschrieben. Darin listen die Verfasser einen Forderungskatalog auf und beenden diesen mit der Drohung, bei Nichtbefolgen der Forderungen werde man im Herbst «die Stadt Zürich lahmlegen». Dass damit der Straftatbestand gemäss Artikel 285 des Strafgesetzbuches (StGB) erfüllt ist, spielt für diese Leute offenbar keine Rolle. Wer eine Behörde zu einer Amtshandlung nötigt, kann nämlich zu einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren verurteilt werden. Den entsprechenden Straftatbestand erfüllen auch die Mitläufer, weil für sie die gleiche Strafsanktion gilt, wenn «die Tat von einem zusammengerotteten Haufen» (wörtlicher Gesetzestext) begangen wird.

Die englische Organisation «Extinction Rebellion» hält in ihrem Leitbild fest, dass die Klimakrise mit

Mitteln der partizipatorischen Demokratie bewältigt werden müsse. Aber wenn es dann um einen direkt-demokratischen Entscheid geht (quasi Partizipation in Reinkultur), dann sollen plötzlich nur noch «zufällig» (sic!) ausgewählte Bürger das Sagen haben. Als «Vor-geschmack» auf den Angriff auf Zürich, haben sich kürzlich in einer pubertär-kindischen Aktion ein paar Aktivistinnen und Aktivisten mit Sekundenkleber an das Bundeshaus «getackert», worauf diese von Rettungssanitätern losgelöst werden mussten. Es wäre zielführender gewesen, wenn die Sicherheitsbehörden die Angeklebten so belassen hätten, und dies völlig abgeschirmt von der Aussenwelt. Nach ein paar Stunden ohne Speis und Trank und mit voller Blase wäre diese Protestaktion ohne Brimborium zu Ende gegangen.

## Wohlwollen gegenüber Demokratieverächtern?

Jetzt kann man gespannt sein, wie Zürich im Namen des Klimas lahmgelegt werden soll. Interessant auch die Wahl der Proteststadt, dürfen die Aktivisten doch mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass die links-grüne Stadtregierung wohlwollend mit diesen Demokratieverächtern umspringen wird. Die Vertreter von «Extinction Rebellion» sehen sich jeweils selbst auf der «guten Seite», während auf der anderen Seite die bösen, klimavernichtenden Regierungen mit ihrer willfährigen Polizei stehen. Das Blatt könnte sich jedoch schnell wenden, falls die Bewohner und Nutzer der Stadt Zürich eine solche Erziehungslektion nicht goutieren und sich zur Wehr setzen. Es wäre ein wohl-tuender Augenöffner, wenn die britisch gesteuerten Aktivisten realisieren müssen, dass ihr Feind nicht die demokratisch legitimierte Regierung und die Polizei ist, sondern der mündige Stimmbürger.

Markus Melzl



SUNSTAR  
SWISS HOTELS  
ECHT VIELSEITIG

**Geschenkgutscheine  
à Fr. 250.– mit Fr. 50.– Rabatt**

Sind auch gültig für Spezial-Angebote

Kopiererpapier

Sensationelle  
Fr. 3.90

500 Blatt, exkl. MWSt.+ Versand bar (10 P. = 10.–)

**OCOTEX AG – 041 799 50 00**



Appell an die bürgerliche Politik

# Aufklärung oder Rückenschuss?

von Ernst Lampert, Major und Inspektor der Militärmusik a.D., Lachen SZ

An der denkwürdigen Volksabstimmung vom 27. September 2020 hat das Schweizervolk der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge für sechs Milliarden Franken zugestimmt und somit dem linken Referendumskomitee eine Abfuhr erteilt.



Statt den Volksentscheid zu akzeptieren, versuchen linke, grüne und GSoA-Kreise, diesen Entscheid mit fadenscheinigen Argumenten und womöglich mit einer erneuten Abstimmung zu torpedieren. Insbesondere wird der Bundesrat mit der ultimativen Forderung erpresst, es dürfe kein US-Jet beschafft werden.

In den letzten acht Monaten haben sich viele selbsternannte «Spezialisten» öffentlich über das Thema Kampffjet-Beschaffung und Typenwahl in Stellung gebracht und ihr angebliches Wissen dazu eingebracht. Ich war im Juli 2020 an einer Informationsveranstaltung zum Kampffjet in der Kaserne Bern anwesend und konnte das überzeugende Referat des hochkompetenten Projektleiters, Oberst i GSt Peter Merz (neuer Kommandant Luftwaffe seit dem 1. Juli 2021) mitverfolgen.

## Unsäglich, inakzeptabel, illoyal

Nun ist jedoch kurz vor dem bundesrätlichen Entscheid zur Typenwahl ein neunseitiges Dokument des Ex-Armeechefs André Blattmann aufgetaucht, das die Beschaffung, Wirksamkeit und Notwendigkeit eines neuen Kampffjets in Frage stellt. Das Dokument enthält jedoch keine Angaben zum Verfasser und zu den Adressanten, und es ist nicht datiert. Um der Sache auf die Spur zu kommen, habe ich am 28. Juni 2021 den Ex-Armeechef persönlich angerufen. Seine Auskunft: Er habe das Dokument mit gleichgesinnten Freunden erarbeitet und im vergangenen März veröffentlicht. Wem er dieses Dokument zugestellt hat, wollte er nicht verraten. So sitzt Herr Blattmann nun im gleichen Boot mit den Kampffjet-Gegnern und Armeeabschaffern, welche das Dokument genüsslich für ihre weitere «Argumentation» verwenden werden.

Hat der Ex-Armeechef damit nicht Tausende Soldaten, Unteroffiziere, Offiziere und andere Schweizer Bürger vor den Kopf gestossen? Hat er mit seinem Rückenschuss gegen das neue Kampfflugzeug nicht jegliches Vertrauen verloren? Stefan Holenstein, Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft (SOG) spricht Klartext: «Das ist schlicht unsäglich, absolut inakzeptabel und höchst illoyal.»

## Langjährige Vernachlässigung unserer Armee

Es würde m. E. jedoch zu kurz greifen, das Hick-Hack kurz vor (und nach) dem Typenentscheid für den neuen

Kampffjet lediglich dem «Papier Blattmann» zuschreiben zu wollen. Die Gründe liegen tiefer – insbesondere in der jahrelangen Vernachlässigung der Bedürfnisse unserer Armee durch bürgerliche Politiker. Es rächt sich mehr und mehr, dass sie der Sicherheit unseres Landes und unserer Bevölkerung viel zu wenig Beachtung geschenkt und die Armee schmähslich im Stich gelassen haben. Äusserungen, wie «mit der Armee lässt sich kein Blumentopf gewinnen» sagen alles!

Wir stehen vor einer gefährlichen Weichenstellung: Die bürgerliche Politik muss sich endlich klar entscheiden, ob sie die Wahrung der Freiheit, Unabhängigkeit und Sicherheit durch unsere Armee unterstützen und ihr die nötigen Mittel geben will. Es darf nicht sein, dass wir unsere höchsten Güter den Gegnern der Armee überlassen. In diesem Sinne appelliere ich an die bürgerlichen Mandatsträger: Tun Sie Ihre Pflicht!

Ernst Lampert

## Faktenresistent

Der Bundesrat hat richtig entschieden. Er will das Kampfflugzeug mit dem besten Kosten-/Nutzenverhältnis, den hochmodernen F-35 des US-Herstellers Lockheed Martin. Dies ungeachtet der vollmundigen Drohgebärde seitens Rot/Grün/GSoA, man werde gegen ein amerikanisches Modell eine Volksinitiative ergreifen. Die Armeeabschaffer können die Inbetriebnahme des Jets damit zwar um einige Jahre verzögern, sie wissen aber genau, dass sie die Hürde des Ständemehrs nicht schaffen werden. Aber letztlich geht es ihnen um «Grundsätzliches»: Sie wollen weder ein neues Kampfflugzeug noch eine Armee. Damit scheiden sie als ernstzunehmende Partner in sicherheits- und militärpolitischen Fragen aus. Der Metzgermeisterverband fragt ja auch nicht die Vegetarier um Rat.

Gleichwohl ist die «Argumentation» der links-grünen Armeeabschaffer(innen) kaum zu ertragen. Vor allem die faktenresistente und von den minimalsten militärischen Kenntnissen völlig unbelastete Nationalrätin Seiler-Graf aus Kloten – die «SP-Fachfrau für Sicherheitspolitik» – verbreitet ihre Absurditäten zur Armee, zur Luftraumsicherung und zum neuen Kampfflugzeug auf allen Kanälen. Allerdings tut sie das derart unqualifiziert und dümmlich-arrogant, dass sie eher das Gegenteil bewirkt. Das ist immerhin das «Positive» an der Sache.

Hans Fehr



Der konservative Blick auf die Schule

# Persönlichkeiten prägen junge Menschen

von Ulrich Schlüer, Chefredaktor «Schweizerzeit»

**Jeder Mensch ist eine eigenständige Persönlichkeit und verfügt über bestimmte Fähigkeiten, gewachsen aus persönlicher Begabung und Anlagen.**

Aufgabe der Verantwortlichen unserer Volksschule ist es, Lehrerinnen und Lehrer zu gewinnen und auszubilden, welche die in jedem jungen Menschen vorhandenen Anlagen und Begabungen zu entdecken, zu wecken, zu fördern und zur Entfaltung zu bringen vermögen.

## Auf unterschiedlichen Wegen zum Ziel

An solcher Zielsetzung orientierte Bildungspolitik erkennt die Lehrerinnen und Lehrer als Persönlichkeiten, denen eine Schulführung übertragen wird, in welcher sie sich wie Unternehmerinnen und Unternehmer zu bewähren haben. Als eigenständigen, ebenfalls je mit besonderen Begabungen ausgestatteten Persönlichkeiten sind den Lehrerinnen und Lehrern Lernziele vorgegeben, die sie mit ihren Klassen verbindlich zu erreichen haben. Da es aber weder Einheitsschüler noch Einheitsklassen gibt, bestimmen die Lehrerinnen und Lehrer mit Blick auf die Zusammensetzung einer jeden ihnen anvertrauten Klasse, nach welcher Unterrichtsmethode und mit welchen Lehrmitteln sie das ihnen gesteckte Ziel erreichen wollen. Das Ziel ist ihnen verbindlich gesetzt – den Weg zum Ziel bestimmen die Lehrerinnen und Lehrer selbst.

## Persönlichkeitsorientierung anstelle bürokratischer Gleichschaltung

Solch auf die Entfaltung eigenständiger Persönlichkeiten ausgerichtete Schulführung widerspricht diametral der derzeit modischen Festlegung von allen Details vorschreibenden Einheitslehrplänen, welche seit Harmos die Volksschule in der Schweiz flächendeckend gleichzuschalten suchen.

Gleichschaltung will Nivellierung, herbeigeführt durch immer enger regulierendes Controlling. Dies lässt den Schulbürokratismus auswuchern, beschneidet aber individuelle Begabungen bis zu deren Verschüttung. Die ausufernde Vertherapeutisierung der Volksschule legt Zeugnis ab vom Ausmass der bildungsfeindlichen Fehlentwicklung.

## Lernfeindliche Unruhe

Wer heute Schulklassen an der Arbeit im Schulzimmer verfolgt, nimmt mit Befremden wahr, wie viel Unruhe den Unterricht beeinträchtigt durch das laufende Kommen und Gehen von Schülerinnen und Schülern zu irgend welchen Therapien oder andern Aktivitäten.

Unterricht wird erfolgversprechend, wenn er Jugendlichen ermöglicht, sich auf ihnen gestellte Aufgaben zu konzentrieren, sich in den ihnen präsentierten Schulstoff ungestört zu vertiefen – ohne dass sie aufgrund im Schulraum herrschender Unruhe auf militärische Pamir-Hörschutzgeräte angewiesen sind.

Unverständlich, dass Lehrer – unter Billigung durch Schulleiter und Schulbehörden – zu solchen Hilfsmitteln Zuflucht nehmen, wenn sie Schülern wenigstens zeitweise ein ruhige Lernatmosphäre verschaffendes Klima mehr schlecht als recht gewährleisten sollen.

## Mit Kopf, Herz und Hand

Die Führungsaufgabe der Lehrkräfte hat auch im Zeitalter der Digitalisierung nichts an Bedeutung eingebüsst. Die Digitalisierung – derzeit nicht selten fast vergöttert – hat Johann Heinrich Pestalozzis Grundsätze zur Bildung und Ausbildung künftiger Staatsbürgerinnen und Staatsbürger keineswegs verdrängt. In den Schülern Kopf, Herz und Hand zu fördern, ist auch heute wegweisende Aufgabe für alle Lehrkräfte.

Längst nicht jede Schülerin, längst nicht jeder Schüler wird allein mit intellektuell herausfordernden Aufgaben zum Lernen und Leisten motiviert. Das «Werken», also der Umgang mit Materialien wie Metall, Holz, Papier und Textilien, sowie die Bearbeitung dieser Materialien mit Werkzeugen hat in der Vergangenheit unzähligen Schülerinnen und Schülern dazu verholfen, eigene Fähigkeiten, derer sie sich zuvor oft gar nicht bewusst waren, zu entdecken. Und nicht wenige junge Menschen, die intellektuell bloss schwer ansprechbar waren, wurden im Umgang mit Werkzeugen und Materialien der Tatsache gewahr, dass auch die Bearbeitung von Material gewissen Gesetzmässigkeiten unterliegt, die auch theoretisch zu erkennen und sinnvoll zu nutzen bald als unverzichtbar erachtet wird. Viele junge Menschen sind auf diesem Weg zu beruflich erfolgreichen Persönlichkeiten herangereift, was ihnen allein durch intellektuelle Herausforderung schwerlich gelungen wäre.

## Klassenführung ist die Hauptaufgabe der Lehrkräfte

Daraus ergibt sich, dass überlegte Schul- und Klassenführung die Hauptaufgabe der Lehrerinnen und Lehrer ist. Der Lehrerberuf ist ein Führungsberuf. Selbstverständlich müssen sich ausgebildete Lehre-

rinnen und Lehrer über einen gut gefüllten Rucksack bezüglich der zu vermittelnden Fächer (und darüber hinaus) ausweisen.

Um dieser Führungsaufgabe gerecht zu werden, haben wir vor Jahren die Idee der «Lehrer-Lehre» entwickelt: Angehende Lehrerinnen und Lehrer sollen in ihren Beruf eingeführt werden durch erfahrene ältere Kolleginnen und Kollegen – in täglicher, sorgfältig begleiteter, mit den sie begleitenden erfahrenen Lehrkräften sorgfältig analysierter, besprochener und korrigierter Unterrichtserteilung. Dabei wird sich rasch zeigen, ob die Anfängerinnen und Anfänger ihren Beruf wahrhaftig als Berufung auffassen – oder ob sie sich besser einer anderen Tätigkeit zuwenden sollen.

**Pädagogische Hochschulen unterminieren Bildungsauftrag**  
Mittels Schaffung der Pädagogischen Hochschulen haben die Bildungsfunktionäre der Lehrerausbildung einen anderen – aus unserer Sicht falschen – Weg gewiesen. Die Verakademisierung mag Salär-Sprünge bewirkt haben, der Volksschule dient sie nicht. Dass viel zu viele Absolventinnen und Absolventen von Pädagogischen Hochschulen den Lehrerberuf nach wenigen Jahren Berufspraxis aufgeben, spricht Bände.

Mit der von Pädagogischen Hochschulen durchgesetzten Verakademisierung der Lehrerausbildung wurde der Verzicht auf den – von Akademikern wenig geschätzten – Werkunterricht Tatsache, was all jene Jugendlichen benachteiligt, die den Weg in selbstgestaltete Existenz einst via Bearbeitung von Materialien mit Werkzeugen gefunden haben.

Dass die Pädagogischen Hochschulen die Illusion verbreiten, es genüge, bestimmten Lernstoff – zum Beispiel mathematische Operationen wie Dreisatz oder Prozentrechnung – bloss kurz anzutippen, die Abwicklung dieser Operationen danach ganz der Handy-Handhabung zu überlassen, kann als pädagogischer Irrweg nur beklagt werden. Das sorgfältige Einüben von Fertigkeiten ist die Voraussetzung für das Verständnis der diesen zugrunde liegenden Gesetzmässigkeiten.

### Aktivismus verschüttet Bildung

Dass der Weg in eigenständige Lebensgestaltung heute durch Ausbau zunehmend ausschliesslich den Intellekt ins Zentrum stellende Lehrplan-Anforderungen verbaut wird, hat der Qualität der Volksschule Schaden zugefügt. Eigenständige Begabung wird zunehmend verdrängt durch vom Lehrplan vorgegebene, obligatorisch zu vermittelnde Einheitsmeinung.

Wo Lehrmeinungen mit moralischem Anspruch als alternativlos vorgegeben werden, finden nur allzu bald Ideologen Betätigungsfelder vor, die sie zu nutzen trachten mit dem Ziel, die Jugend vorgegebener Denkschulung zu unterwerfen. Indem einzelne Schulen bereits den Freitag ganz offiziell zum «Tag

Die Bildungsdirektion des Kantons Zug hat drei Persönlichkeiten eingeladen, die heutige Volksschule aus liberaler (Olivier Kessler, Liberales Institut), linker (Johannes Gruber, VPOD) und konservativer Sicht (Ulrich Schlüer, Schweizerzeit) ausführlich zu beurteilen. Die vollständigen Artikel finden Sie unter [www.schulinforzug.ch](http://www.schulinforzug.ch). Die Schweizerzeit vermittelt ihren Lesern eine gekürzte Fassung der Stellungnahme von Ulrich Schlüer.

des Manifestierens» erklärt haben, machen sie sich schuldig, Schülerinnen und Schüler als einseitig indoktrinierte Gefolgschaft ideologisch-politischer Lehrmeinungen zu missbrauchen.

### Fazit

Politische, vom Volk gewählte Bildungsbehörden wurden auf lokaler, regionaler und kantonaler Ebene weitestgehend entmachtet. Bildungsfunktionäre bestimmen heute das Geschehen in der Volksschule. Eine Unzahl Reformen wurde von diesen losgetreten. Bevor Umwälzung bewirkende Reformen sorgfältig ausgewertet werden konnten, wurden sie durch neue Reformen bereits wieder verdrängt.

Die kostenverschlingende Bildungsbürokratie wuchert aus, der Bildungsauftrag gegenüber der Jugend leidet.

*Ulrich Schlüer*



**PAMAG**  
Metallbau

- Geländer
- Konsolen
- Pergolen
- Treppen
- Türen
- Vordächer
- Verglasungen

PAMAG Metallbau AG • Fohlochstrasse 7b • 8460 Marthalen  
Tel. 052 305 43 30 • [info@pamag-metallbau.ch](mailto:info@pamag-metallbau.ch) • [www.pamag-metallbau.ch](http://www.pamag-metallbau.ch)

**Wir bauen für Ihre Sicherheit!**

In Marthalen realisieren wir schnell und kompetent alles rund ums Haus wie Geländer, Fluchttreppen, Türen- und Fensterelemente, Pergolen, Rankengerüste, Vordächer, Balkonverglasungen und andere Metallbauarbeiten. Unsere Produkte sind unterhaltsarm und zeichnen sich durch ihre lange Lebensdauer aus.

Unsere qualifizierten Mitarbeiter beraten Sie gerne ausführlich in unserem Betrieb oder auf Wunsch auch vor Ort. In unseren technischen Zeichnungsbüros planen wir für Sie Ihr Bauvorhaben. Hierfür verwenden wir moderne CAD-Anlagen. Für eine massgeschneiderte und fachgerechte Konstruktion, Fertigung und Montage sorgen unsere spezialisierten Mitarbeiter.

Paul Mayer  
PAMAG Metallbau AG



«Demos» gegen Juden und Israel

## Worum geht es wirklich?

hf. Kürzlich hat die Terrororganisation « Hamas » aus Stellungen in Spitälern, Schulen und Wohnblocks im Gazastreifen Tausende von Raketen gegen israelische Städte abgefeuert, was etliche zivile Opfer gefordert hat. Israel hat zu seinem Schutz umgehend mit militärischen Mitteln reagiert und zahlreiche Hamas-Stellungen, Waffenfabriken und Tunnels zerstört, was natürlich auch zivile Opfer unter der palästinensischen Bevölkerung gefordert hat.

Und sofort haben israel- und judenfeindliche Demonstrationen gegen die « jüdischen Aggressoren » stattgefunden. Der aus Ägypten stammende Politikwissenschaftler **Hamed Abdel-Samad** (Verfasser des Buches « Schlacht der Identitäten ») legt dar, worum es bei diesen « Demos » wirklich geht.

« Stellen wir uns vor, ein Mob aus deutschen Jugendlichen würde nach einem Terroranschlag in Berlin mehrere Moscheen mit Steinen und Feuer bewerfen und dabei « Scheiss-Muslime » rufen. Wie würden wir diese Jugendlichen nennen? Richtig: Nazis! Was würden die Antifaschisten und Antirassisten dann tun? Sie würden Empörung schüren und fürchten, dass die Rückkehr des kleinen Mannes mit dem lustigen Schnauz bevorsteht.

Warum hört man jetzt aber nichts von ihnen? Warum halten sie Begriffe wie « Zigeunerschnitzel » für rassistisch, aber « Scheissjuden » für harmlos? Warum flippen sie aus, wenn man Leute mit Migrationshintergrund nach ihrer Herkunft befragt, aber nicht, wenn Leute wegen ihrer Herkunft beschimpft und geschlagen werden?

1. Weil es ihnen nicht um die Menschen geht, sondern um die Ideologie! 2. Weil in ihrer Rassismus-Indus-

trie Minderheiten nur Opfer sein können, und weil nur der weisse Mann Nazi und Rassist sein kann. 3. Weil ihr Antirassismus tief in den Antiamerikanismus und Antikapitalismus verflochten ist – deshalb sympathisieren manche von ihnen sogar mit der Hamas.

Der weisse Mann wird pauschal als ein Mensch betrachtet, der mit der Erbsünde des Rassismus geboren ist, während alle andern Ethnien und Kulturen von diesem Vorwurf freigesprochen werden.

Hier müssen sich Antirassisten und Linksidentitäre die Frage stellen lassen, ob ihr auf Empörung ausgerichteter Kampf gegen Diskriminierung tatsächlich den Rassismus in der Gesellschaft bekämpft oder nicht neue Rassismen hervorbringt. Und: Haben Cancel Culture, das Gendern und die Sprachpolizei ein einziges Problem dieser Gesellschaft gelöst? Hat die Verniedlichung von Minderheiten einen Beitrag zu ihrer Integration geleistet? Hat sie nicht vielmehr dazu geführt, dass nun die grösste rechtsextreme Organisation in Deutschland eine türkische ist, und dass jeder Kritiker des Islamismus nun unter Polizeischutz leben muss?»

*Hamed Abdel-Samad*

## Nachlese zum Absturz des CO<sub>2</sub>-Gesetzes



Der Absturz des CO<sub>2</sub>-Gesetzes am 13. Juni 2021 hat viele Ursachen. Deren Analyse sei Experten überlassen. Eine wesentliche Ursache dürfte beim gesinnungsethisch verkauften, subventionsjägerischen Ansatz der CO<sub>2</sub>-Vermeidung liegen.

Ginge es nur um CO<sub>2</sub>-Vermeidung, müssten öffentliche Gelder dort ausgegeben werden, wo ihr Nutzen am höchsten ist. Also in den energetisch rückständigsten und « dreckigsten » Ländern – und nicht im Hightechland Schweiz. Immer unter der Prämisse, dass die Bedrohung durch menschen-gemachtes CO<sub>2</sub> ein globales Problem ist.

Den Subventionsjägern ist es gelungen, die Grünen und Linken mit dem gesinnungsethischen Schmus vor ihren Karren zu spannen – es sei unfair gegenüber

der Dritten Welt, die CO<sub>2</sub>-Reduktion nicht vor allem im Inland anzugehen. Damit war die Geschäftemacherei und Subventionsjägerie eingefädelt.

Wenn die Schweiz eine Million Steuergelder für die Sanierung eines « dreckigen » afrikanischen Kohle- oder Schwerölkraftwerks ausgibt, wäre das mit Sicherheit effizienter, als mit der gleichen Summe bei uns die Verschrottung funktionierender, gut gewarteter Autos mit Verbrennungsmotoren und von Heizungen vor Erreichen ihrer Funktionsdauer zu subventionieren.

Klimapolitik kombiniert mit Subventionsjägerie und Geschäftemacherei: Dieser Ansatz ist gescheitert, eine Neuauflage hoffentlich chancenlos. Warum darf man in einem freien Land Eigentümern nicht zumuten, eigenverantwortlich und frei über die Erneuerung ihrer Fahrzeuge, Heizungen und Immobilien zu entscheiden? Innovationen sorgen laufend für ökoeffizientere Alternativen.

*Markus Eckstein, Goldach SG*

Fakten statt Ideologie

# Wie gross ist der menschliche Einfluss auf das Klima?

von Stephan Amacker, dipl. Maschinening. ETH, Neftenbach ZH

Um in zwanzig oder dreissig Jahren keine Enttäuschung zu erleben, würde es sich lohnen, das neue Buch «Unsettled» von Steven E. Koonin zu lesen. Koonin ist ein weltweit anerkannter Physiker und Wissenschaftler – und war unter Obama zuständig für die Klimawissenschaft.



Er hat direkten Zugang zu allen Quellen der Klimaforschung und bestätigt die Klimabeeinflussung durch Treibhausgase, primär CO<sub>2</sub> und Methan, die durch Menschen und Tiere entstehen. Dann wird aber schonungslos mit Fehlinformationen durch Wissenschaft und Medien abgerechnet – schwergewichtig mit der IPCC

(Intergovernmental Panel on Climate Change), die den Input zum Pariser Abkommen geliefert hat. Alle Ausführungen werden mit Grafiken und Tabellen unterlegt und durch Quellenangaben gestützt. Die wichtigsten Kritiken lauten:

- Es ist heute noch nicht möglich, mit Computer-Modellen das globale Klima darzustellen; es gibt zu viele Einflussfaktoren, und die Leistungsfähigkeit selbst der modernsten Supercomputer ist um Faktoren zu gering.
- Die IPCC-Modelle, durch Trickserei (tuning) zu den gewünschten Resultaten verzerrt, können die Vergangenheit nicht darstellen und die Zukunft nicht voraussagen.
- Weder Dürren noch Waldbrände, Tornados und Fluten haben einen Zusammenhang mit der menschengemachten Klimaveränderung, sondern werden zu Gunsten von Schlagzeilen in den Medien überhöht dargestellt. Tatsächlich haben sich Heftigkeit und Vorkommen dieser Naturphänomene seit 50 Jahren reduziert.
- Die Meeresspiegel steigen seit Jahrhunderten um 1-3 mm pro Jahr und folgen einem Zyklus, der zum grössten Teil nicht durch den Menschen beeinflusst wurde und oft mit tektonischen Verschiebungen im Zusammenhang steht.
- Der Einfluss des Menschen auf alle beobachteten Phänomene ist zwar vorhanden, jedoch gering und in jedem einzelnen Fall genauer abzuklären.
- Die Sonne mit ihren Aktivitäten hat einen erheblichen Einfluss auf die Erdtemperatur, was von IPCC heruntergespielt wird.
- In der Strahlungsbilanz wird der wichtige Effekt der Aerosole nicht berücksichtigt.

Der Hintergrund zu diesen Aussagen ist, dass viele Einflüsse noch nicht genauer erforscht sind, insbeson-

dere auch ihre gegenseitigen Wechselwirkungen. Dazu kommt die Tatsache, dass der Anteil des menschengemachten CO<sub>2</sub> mit 4 % von 410 ppm (0,00164 %) in der Luft äusserst gering ist, so dass selbst kleinste Effekte berücksichtigt werden müssen, welche die Modelle gar nicht erfassen können. Nicht umsonst hat der Klimaguru der ETH, Prof. Reto Knutti, dieses Jahr ein millionenschweres Projekt namens EXCLAIM gestartet, um Wetter und Klima innert der nächsten sechs Jahre lokal modellieren zu können. Offensichtlich fehlen der Forschung noch wichtige Zusammenhänge, um glaubwürdige Antwort auf die Erderwärmung zu geben.

## Intelligenter Ersatz von fossilen Brenn- und Treibstoffen

Die Schweiz sollte sich besser Gedanken machen, wie man die fossilen Brenn- und Treibstoffe intelligent und wirtschaftlich verträglich ersetzt und das Verbot zum Bau von neuen und modernen Kernkraftwerken aufhebt, um den steigenden Strombedarf zu decken. Dies würde auch die Problematik des Stromabkommens mit der EU lösen, denn es ist heute schon klar, dass Deutschland und Frankreich in absehbarer Zeit keinen Strom im Winter in die Schweiz liefern können. Damit könnten wir die erfolgreiche Produktion von CO<sub>2</sub>-freiem Strom fortsetzen und etwas Konkretes für die Umwelt tun.

Es fällt auf: Je geringer das Wissen der am Klima interessierten Kreise ist, desto kürzere Termine werden für Massnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion vorgeschlagen. Insbesondere möchten die fremdgesteuerte «Klimajugend» und die «Friday for Future»-Schulstreiker die Ziele möglichst bis «morgen» realisieren. Der Wissensstand in diesen Gruppen ist praktisch bei null. Dennoch übernehmen Politiker ihre Forderungen für parlamentarische Vorstösse.

## Noch viel Forschung nötig

In welcher Zeit man Treibhausgase reduzieren kann, wird noch viel Forschung, ökonomische Überlegungen und weltweite Koordination erfordern. Statt einer professionellen Projektplanung wird ausschliesslich auf einmal festgelegten Zielen beharrt, ohne dass die Verantwortlichen die echten Kostenfolgen nennen und jemals zur Rechenschaft gezogen werden können. Ein Vorprellen der Schweiz mit dem – nun abgelehnten – CO<sub>2</sub>-Gesetz hätte uns nicht weiter gebracht – im Gegenteil.

Stephan Amacker



## Wegzoll wie im Mittelalter



Linksregierte Städte belegen bezüglich Sicherheit und Schulniveau zumeist die hinteren Plätze. Geht es aber darum, die eigenen Bürger zu schröpfen, ist man Spitzenreiter. Neustes Beispiel in Basel: die Idee eines sogenannten «Road Pricing» für Autofahrer. Doch weil «Road Pricing» unsympathisch klingt, verpackt man es unverdächtig. Eingeführt werden soll eine «Basel Flow Tax». Das System ist dasselbe: Wer mit dem Auto auf das städtische Strassennetz einfährt, muss eine Gebühr zahlen. Zu Stosszeiten, also dann, wenn es Pendelverkehr gibt, sollen die Durchfahrtsgebühren sogar erhöht sein.

Es erstaunt nicht, dass die verkehrstechnisch links-ideologisierten Beamten aus dem Bau- und Verkehrsdepartement solche Ideen entwickeln. Beachtlich ist aber, dass die neue Regierungsrätin Esther Keller, Vertreterin einer grün-«liberalen» Partei, den Abzocker-Unsinn durchwinkt. Dabei vergessen die Autofresser, dass der ursprüngliche Auftrag des Parlaments eine Gebühr für alle Mobilitätsformen, also auch für den ÖV, vorgesehen hat.

Das Projekt stösst entsprechend auf Unbehagen. Es gibt wohl keinen unpassenderen Kanton für ein solches Projekt als Basel-Stadt. Umgeben von zwei Nachbarstaaten und drei Kantonen ist die Einführung dieser nicht abgesprochenen Gebühr schlicht untauglich. Selbst die (bür-

gerlichen) Nachbargemeinden im Kanton wurden nicht einbezogen, obwohl dieselbe Regierung immer flötet, wie wichtig die regionale Zusammenarbeit sei. Wenn es um Autohass geht, wird dieser Leitsatz beiseitegelegt.

Wie weltfremd die Idee ist, zeigt sich beim praktischen Nachdenken – was wohl nicht die Stärke aller Verwaltungseinheiten ist. Künftig müssten Eltern aus Allschwil BL – zwei Minuten von Basel entfernt – die ihr Kind notfallmässig in das gemeinsame Kinderspital fahren, eine Einreisegebühr bezahlen.

Dass ausgerechnet während den Stosszeiten die Preise saftig erhöht werden sollen, passt zum weltfremden Denken. Für Regierungsrätin Keller, zuvor als Journalistin tätig, ist es wohl unvorstellbar, dass Handwerker bereits um sieben Uhr arbeiten und dass es nicht alle Berufsgruppen schaffen, mit Laptop und hippen «Streetcoffee» ausgerüstet, erst gegen 9.30 Uhr ins Büro zu radeln.

Diese Geisteshaltung verwundert nicht. Die gleiche Esther Keller sagte kürzlich, dass es bald ähnlich «absurd ist, ein Auto zu besitzen – wie ein Tram». Eine bürgerliche Parteipräsidentin nannte es «die dümmste Aussage aller Zeiten». Dem ist nichts hinzuzufügen, zeigt aber, wie urbane Schreibtischtäter und Luxus-Linke mit immer asozialeren Ideen den aufs Auto angewiesenen Buezer schröpfen wollen.

Joël Thüring, Grossrat des Kantons Basel-Stadt

## Jung gewohnt, alt getan

von Gottfried Keller (1819–1890)

*Die Schenke dröhnt, und an dem langen Tisch  
Ragt Kopf an Kopf verkommener Gesellen;  
Man pfeift, man lacht; Geschrei, Fluch und Gezisch  
Ertönte an des Trankes trüben Wellen.*

*In dieser Wüste glänzt' ein weißes Brot,  
Sah man es an, so ward dem Herzen besser.  
Sie drehten eifrig draus ein schwarzes Schrot  
Und wischten dran die blinden Schenkenmesser.*

*Doch einem, der da mit den andern schrie,  
Fiel untern Tisch des Brots ein kleiner Bissen;  
Schnell fuhr er nieder, wo sich Knie an Knie  
Gebogen drängte in den Finsternissen.*

*Dort sucht' er selbstvergessen nach dem Brot;  
Doch da begann's rings um ihn zu rumoren,  
Sie brachten mit den Füßen ihn in Not  
Und schrien erbost: «Was, Kerl, hast du verloren?»*

*Errörend taucht' er aus dem dunklen Graus  
Und barg es in des Tuches grauen Falten.  
Er sann und sah sein ehrlich Vaterhaus  
Und einer treuen Mutter häuslich Walten.*

*Nach Jahren aber sass derselbe Mann  
Bei Herrn und Damen an der Tafelrunde,  
Wo Sonnenlicht das Silber überspann  
Und in gewählten Reden floh die Stunde.*

*Auch hier lag Brot, weiss wie der Wirtin Hand,  
Wohlschmeckend in dem Dufte guter Sitten;  
Er selber hielt's nun fest und mit Verstand,  
Doch einem Fräulein war ein Stück entglitten.*

*«O lassen Sie es liegen!» sagt sie schnell;  
Zu spät, schon ist er untern Tisch gefahren  
Und späht und sucht, der närrische Gesell,  
Wo kleine seidne Füsschen stehn zu Paaren.*

*Die Herren lächeln, und die Damen ziehn  
Die Sessel scheu zurück vor dem Beginnen;  
Er taucht empor und legt das Brötchen hin,  
Errötend hin auf das damastne Linnen.*

*«Zu artig, Herr!» dankt' ihm das schöne Kind,  
Indem sie spöttisch lächelnd sich verneigte;  
Er aber sagte höflich und gelind,  
Indem er sich gar sittsam tief verbeugte:*

*«Wohl einer Frau galt meine Artigkeit,  
Doch Ihnen diesmal nicht, verehrte Dame!  
Es galt der Mutter, die vor langer Zeit  
Entschlafen ist in Leid und bitterem Grame.»*



Schweizerzeit-Standpunkt

## Absage an die Sprachzerstörung

Die Schweizerzeit bemüht sich Tag für Tag um korrektes Deutsch. Die Schweizerzeit entzieht sich deshalb jeglicher ideologisch motivierten oder einer Modetorheit folgenden Sprachzerstörung. Gendersternchen finden in der Schweizerzeit keine Anwendung.

Die Schweizerzeit widersetzt sich auch dem ideologisch motivierten Verbot gewisser Wörter, die vom Feminismus, vom sog. Antirassismus und anderen «-ismen» zum Abschluss freigegeben worden sind. Weder der Herrgott noch die Mutter und der Vater werden aus den Schweizerzeit-Textspalten verbannt.

Dass Gott nicht länger mit männlichem Artikel erscheinen dürfen soll, dass das Amen (hebräisch für «so geschehe es») am Schluss des Gebets durch «a man and a woman» ersetzt werden soll: Solche Spintisierereien, die freilich zunehmend totalitärem Wortkrieg gegen die christlich-abendländische Kultur gleichen, erzeugen seitens der Schweizerzeit nachdrücklichen Widerstand.

## «Das aktuelle Zitat»

Die «Wokies» – von engl. Woke (Erwacht!) – trivialisieren mit ihren absurden Forderungen (nach einer Steigerung der politischen Korrektheit ins Absurde – die Red.) ernstzunehmende Probleme. Wo es Zwangsverschleierungen, Zwangsehen, Auspeitschungen, Vergewaltigungen und ökonomische Diskriminierungen gibt, grenzt es an Frechheit, seine Energie auf den Gender-Schluckauf und das «der» und «die» zu verschwenden.

Wer fordert, dass Fussgänger durch «zu Fuss Gehende» abgelöst werden sollen, der provoziert zwangsläufig die Dekadenz-Einschätzung: «Die haben halt keine andern Sorgen.»

*Rainer Bonhorst, ehem. Chefredaktor der «Augsburger Allgemeinen», auf dem Blog «Achgut.com» am 17. Juni*

Beiträge und Leserbriefe, die den Kotau vor Sprachzerstörerinnen und Sprachzerstörern vollziehen, werden in der Schweizerzeit nicht erscheinen.

Unsere Überzeugung: Wer Sprache zerstört, zerstört unsere christlich-abendländische Kultur und entwurzelt die Menschen.

*Ulrich Schluer*



*Vins Précieux*

*H. J. Senn SA*

CH-8703 ERLNBACH

[www.vinsprecieux.ch](http://www.vinsprecieux.ch)

044 910 41 61

*seit 40 Jahren*



*Herausragende Weine*

Exzellente  
Grand Cru Champagner  
zu vernünftigen Preisen

Auserlesene  
rote und weisse  
Burgunder Weine

Erstaunliche Weine  
vom Kap der  
Guten Hoffnung



Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 19)

# Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Geschäftsführer der Auns, Eglisau ZH



Gut zwei Monate nach der Uno-Abstimmung vom 3. März 2002, die wir mit einem hauchdünnen Ständemehr von 12:11 leider verloren haben, zeichnet sich bereits der nächste Grosskampf gegen den Beitritt der Schweiz zum **Schengen-/Dublin-Abkommen** ab.

In einer flammenden Rede vor über 1'000 Personen an der Auns-Mitgliederversammlung vom 11. Mai 2002 in Bern erinnert Auns-Präsident Christoph Blocher an den Auftrag der Auns, die – auf 41'562 Mitglieder angewachsen – definitiv eine Volksbewegung geworden ist. Wie es der Name sagt, lautet unser Kernauftrag gemäss Art. 2 der Auns-Statuten: **Wahrung der Unabhängigkeit, der Neutralität und der Sicherheit der Schweiz.**

Zum Thema Schengen/Dublin stellt Blocher fest: «Obwohl noch nicht einmal das 1. Paket der bilateralen Verträge mit der EU in Kraft ist, treibt der Bundesrat bereits ein 2. Paket voran, das die Schweiz gar nicht braucht und das für unser Land schwere Nachteile bringt: Der Bundesrat will das sogenannte Schengener/Dubliner-Abkommen mit der EU vorantreiben. Damit werden unsere Grenzen geöffnet, und es wird eine folgenschwere Gleichschaltung im Justiz-, Asyl- und Migrationsbereich herbeigeführt.»

Das Schengener «Evangelium» lautet: **«Die Binnengrenzen dürfen an jeder Stelle ohne Personenkontrolle überschritten werden.»**

Die Absicht des Bundesrates klar: Das Schengener Abkommen, dessen Kernsatz lautet «Die Binnengrenzen dürfen an jeder Stelle ohne Personenkontrolle über-

schrritten werden» und dessen «Weiterentwicklungen» wir automatisch übernehmen müssten (*wie beim inzwischen gestoppten Rahmenvertrag*) ist für die Landesregierung ein Türöffner zum EU-Beitritt.

## Schengen: Worum geht es?

Das Schengener Abkommen, benannt nach der Kleinstadt Schengen in Luxemburg, will im Schengenraum, der im Wesentlichen der Europäischen Union entspricht, den «Gemeinsamen Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts» schaffen. In erster Linie geht es um ein «grenzenloses Europa» und um freie Fahrt über die Binnengrenzen. Zu diesem Zweck werden die Kontrollen an den Binnengrenzen abgeschafft. Kontrollen sollen nur noch durch mobile Patrouillen im Hinterland (mit der sogenannten «Schleierfahndung») stattfinden.

## Schengener Informationssystem

Zudem soll das «Schengener Informationssystem» (SIS) aufgebaut werden – eine Datenbank, über die man der-einst europaweit Millionen von Personen- und Fahndungsdaten abrufen will. Anstelle der Grenzkontrollen sollen die **Aussengrenzen** des Schengenraums umso rigoros bewacht bzw. überwacht werden.

*Die «rigorose Überwachung» der Schengener Aussengrenze wird jedoch ein frommer Wunsch bleiben. Die bereits löcherige Ostgrenze ist nach der EU-Osterweiterung über 3'000 km lang, und in Brüssel fehlt der Wille, die Kontrollen strikte durchzusetzen. Im Gegenteil: Länder wie Ungarn, welche ihren Teil der Aussengrenze rigoros bewachen und «Schengen» konsequent vollziehen, werden heute von Brüssel sogar gemassregelt!*

AUS GRENDELMEIERS

<<REICH DER MENSCHEN>>



## Experte

Der Erste behauptet: «Mehr Kohlehydrate!»

Der Zweite: «Gefährlich sind grüne Salate!»

Der Nächste warnt ernsthaft vor sauren Aminen, der Vierte vor Basen und Cholesterinen.

Drum fragen sich manche zu Recht sorgenvoll, was nun wohl tatsächlich bekömmlich sein soll. Ich hab' es persönlich schon längst aufgegeben, nach Meinung von andern gesünder zu leben.

Ich halte mich deshalb erfolgreich daran, zu essen, was ich auch beurteilen kann, und das sind rein kulinarische Werte.

Da bin ich nun wirklich mein eig'ner Experte.

Unser Shop ist ab sofort 24h geöffnet!  
Unterstütze uns mit einem Kauf!

© freihheitstrychler.ch

Die Auns-Versammlung verabschiedet einhellig die folgende **Resolution** (gekürzt):

- Die Auns wird den Beitritt der Schweiz zum Schengener Abkommen mit aller Entschiedenheit bekämpfen. Noch in der «Botschaft zur Genehmigung der bilateralen Abkommen» (...) vom 23. Juni 1999 hat der Bundesrat festgestellt: «Solche Verhandlungen (kommen) für jene Bereiche nicht infrage, bei deren Regelung Souveränitätsübertragungen an supranationale Instanzen unerlässlich sind.» Als Beispiel hat der Bundesrat damals ausdrücklich «Schengen» genannt. Heute gilt das offenbar nicht mehr.
- Die Auns lehnt «Schengen» aus den folgenden Gründen ab: Die Kontrollen an der Grenze – und damit letztlich auch die Grenzen – würden aufgehoben. Unsere Sicherheit wäre infrage gestellt. Die Schweiz müsste den Schengener Aquis, also das ganze bisherige und künftige Schengenrecht, übernehmen. Der Aquis umfasst immer mehr Bereiche: den grenzpolizeilichen Bereich, die Visa-, Asyl- und Migrationspolitik, sowie die Amts- und Rechtshilfe. Auch unser Bankkundengeheimnis käme unter Druck. Als Alternative zu Schengen wollen wir das Grenzwachtkorps (GWK) aufstocken, und nötigenfalls kann die Schweiz das SIS (rein technisch) übernehmen.

Fortan ist «Schengen» – bis zur Volksabstimmung am 5. Juni 2005 – auf der Auns-Agenda das dominierende Thema mit unzähligen Veranstaltungen und Aktionen,

Inseratekampagnen, Plakat- und Flugblattaktionen und dergleichen.

Wir führen den Anti-Schengen-Kampf (in Verbindung mit dem Kampf gegen die Ost-Personenfreizügigkeit, über die am 25. September 2005 abgestimmt wird) unter der Stossrichtung: «**Nein zu Schengen und zur Ost-Personenfreizügigkeit. Denn offene Grenzen heisst: Sicherheit verlieren. Arbeitsplatz verlieren. EU-Beitritt.**»



Schengen: Türöffner zum EU-Beitritt

Am 8. Mai 2005 wird der damalige Bundesrat Christoph Blocher an einer eindrücklichen Grosskundgebung im Grenzdorf Rafz ZH zum Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa vor 60 Jahren zur «zentralen Bedeutung nationaler Grenzen» sprechen. Dabei gelingt ihm das Kunststück, seine persönliche Meinung zu «Schengen» kundzutun, ohne das Kollegialitätsprinzip zu verletzen.

Der Bundesrat und die Bundesverwaltung hingegen werden unter dem Decknamen «Schengen/Dublin-Informationskonzept» eine noch nie dagewesene, mit Steuergeldern inszenierte **Staatspropaganda der übelsten Sorte** betreiben.

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

## KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.  
Preis bis Ende 2021: Fr. 30.–

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Mail-Adresse: \_\_\_\_\_

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Einsenden an:** «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,  
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03  
E-Mail: [abonnement@schweizerzeit.ch](mailto:abonnement@schweizerzeit.ch)

## Die «Schweizerzeit»-Agenda

Samstag, 10. Juli 2021, 19.00 Uhr

### SVP bi de Lüt am Hörifäsch

Ansprache von Nationalrätin Barbara Steinemann (SVP/ZH)  
Hörifäsch, Höriberg, 8181 Höri/ZH

Montag, 12. Juli 2021, 18.30 Uhr

### SVP bi de Lüt in Zollikerberg/ZH

Ansprachen von Gregor Rutz (NR SVP/ZH) und Thomas Matter (NR SVP/ZH)  
Restaurant «Sunnegarte-Kafi», Sonnengartenstrasse 45,  
8125 Zollikerberg/ZH  
Anmeldung erforderlich: [christopher@linter.ch](mailto:christopher@linter.ch)

Sonntag, 18. Juli 2021, 09.00 Uhr - 16.00 Uhr

### SVP bi de Lüt in Le Prese, Puschlav

Ansprache von Magdalena Martullo (NR SVP/GR)  
Hotel Le Prese, Via Principale 31, 7746 Le Prese Valposchiavo/GR



# Büchertisch

## BESTSELLER



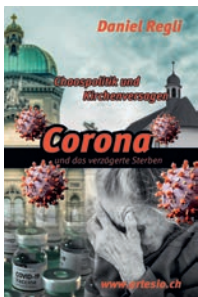
### Der Superstaat

*Von Bürokratie und Parteizentralen und wie man den schlanken Staat zurückgewinnt*

#### Beat Kappeler

Dieses Buch ist der beste Wegweiser in der Debatte um das Verhältnis Schweiz-EU. Machteliten aus Brüssel wollen damit eine zentralistische, der Funktionärsherrschaft unterworfenen Staatsordnung, angelehnt an die EU-Bürokratie, durchsetzen – obwohl die bürokratische Gleichschaltung die Wirtschaft der EU immer weiter in Rückstand bringt gegenüber den USA und Fernost.

NZZ Libro/Schwabe, Basel 2020, 151 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 34.–)  
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 30.60



### Corona und das verzögerte Sterben

*Chaospolitik und Kirchenversagen*

#### Daniel Regli

Der Autor nimmt kein Blatt vor den Mund: Immer klarer wird, dass die Entscheide der Bundesratsmehrheit und das kalt-schnäuzige (Miss-) Management des Bundesamts für Gesundheit (BAG) von Inkompetenz, Nachlässigkeit, Willkür und stolzer Sturheit geradezu strotzt. An den Folgen der mit Corona begründeten Zentralisierung der Macht bei Bundesberns Bürokratie dürften die Schweizerinnen und Schweizer noch jahrelang zu tragen haben.

Ortesio, Zürich 2021, 132 S., brosch., (Richtpreis Fr. 15.–)  
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 13.50



### Great Reset

*Der Angriff auf Demokratie, Nationalstaat und bürgerliche Gesellschaft*

#### Dr. C.E. Nyder

Das Buch beleuchtet, was Klaus Schwabs Weltwirtschaftsforum mit dem von ihm ausgerufenen «Great Reset» anvisiert: Im Namen der international tonangebenden Classe politique, eng vernetzt mit der Funktionärselite internationaler Organisationen, wird die weltweite Zentralisierung von Wirtschaft und Staaten auf Kosten der Demokratie Schritt für Schritt umgesetzt.

Kopp, Rottenburg 2021, 384 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 32.50)  
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 29.25



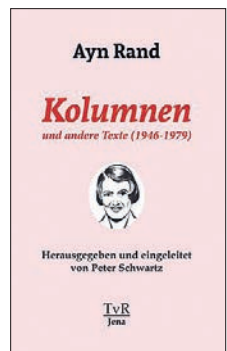
### Falsche Pandemien

*Argumente gegen die Herrschaft der Angst*

#### Wolfgang Wodarg

Die Diskussion um Covid-19 wird immer schwieriger, weil sie verdeckt zu führen ist: Wer Kritik übt, wird allzurasch als Verschwörungstheoretiker diffamiert. Der Arzt und Politiker Wolfgang Wodarg ist ein wohl informierter Kritiker der offiziellen Politik. Seine Argumente zur Kenntnis zu nehmen ist weit wichtiger, als sich ins Getümmel um angebliche oder tatsächliche Fake-News zu stürzen. Bilden Sie sich Ihre eigene Meinung!

Rubikon, München 2021, 414 S., brosch., (Richtpreis Fr. 28.90)  
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 26.–



### Kolumnen

*und andere Texte (1946-1979)*

#### Ayn Rand

Ayn Rand, die als Prophetin der Freiheit in den USA nahezu Kult-Status genießt, hat neben ihren weltweit bekannten Werken für die Los Angeles-Times wöchentlich Kolumnen verfasst. Aus diesen Kolumnen spricht eindrücklich ihr Bekenntnis zur Freiheit – in zeitlosen Formulierungen. Obwohl teilweise über fünfzig Jahre alt, ist im Blick auf heutige Entwicklungen daran nicht ein einziges Wort zu ändern.

TvR, Jena 2020, 154 S., geb., (Richtpreis Fr. 28.90)  
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 26.–



### Das Beste aus der Schweizer Militärrküche

*Beliebte Gerichte, neue Rezepte und interessante Geschichten*

Für einmal etwas Unpolitisches, aber durchaus höchst Attraktives: Militärrezepte und ihre Hintergründe, detailliert beschrieben, reich bebildert. Dies verbunden mit Geschichten, die sich um verschiedene Menüs ranken. Ein ebenso unterhaltendes wie anregendes, in Grossformat aufgemachtes Buch.

Schweizer Armee/Werd und Weber, Thun/Gwatt, 2. Auflage 2021 (2015), 212 S., Grossformat, reich ill., brosch., (Richtpreis Fr. 69.–)  
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 62.10

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

**HÖRBUCH**



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



**Die Zuneigung ist etwas Rätselvolles**

*Eine Ehe in Briefen*

**Emilie & Theodor Fontane**

Theodor Fontanes Romane und Novellen, oft von tragischen, vielfach wechselhaften Ereignissen und Entwicklungen berichtend, leben vom zurückhaltenden, über den Leidenschaften stehenden, ausgleichenden, versöhnlichen Stil, den dieser grosse Dichter meisterhaft beherrscht hat.

Ganz anders sein äusserst reichhaltiger Briefwechsel mit seiner Gattin, zeugend von einer Ehe, die, so hat man den Eindruck, oft nur durch Distanz der Ehepartner überlebt hat. Da fällt es Fontane schwer, die Leistungen seiner ihm herzlich liebenden Frau anzuerkennen, obwohl sie all den (teils abenteuerlichen) Wechselfällen, denen Fontanes Leben und Wirken ausgesetzt war, sehr verständnisvoll begegnet.

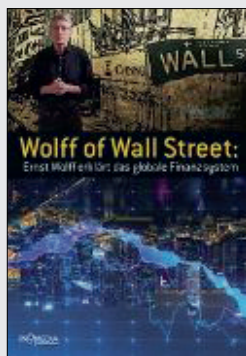
Hörkultur/Aufbau, Berlin 2018, 7 CDs, Hördauer 522 Min.

(Richtpreis Fr. 31.90)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 28.70

Hörbücher: Bereichernde Unterhaltung auf langen Autofahrten und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger.

**BUCHZEICHEN**



**Wolff of Wall Street**

*Ernst Wolff erklärt das globale Finanzsystem*

Ernst Wolff ist ein unbequemer, weil bestens informierter Zeitgenosse. Unbequem ist er, weil er dem Mainstream in der Berichterstattung über das Geschehen an den wichtigsten Finanzplätzen abgrundtief misstraut. Unverständliche Fachsprache tarne, was dort vorgeht. Wolff vermittelt seinen Lesern Zusammenhänge, denen die Koryphäen der Finanzplätze lieber ausweichen – wenigstens dann, wenn Publikum mithört.

Nach Sachthemen geordnet (z. B. «Euro-Krise» und «Hedgefonds», «Bargeld-Abschaffung» und «Kryptowährungen», «Europäische Zentralbank» und «Modern Monetary Theory», «Handelskrieg USA-China» und «Schweizer Bankgeheimnis»), vermittelt Wolff allen, die das Geschehen auch hinter den Kulissen der Börsen verstehen wollen, Erkenntnisse, die anderswo in verständlicher Form kaum zu erhalten sind. Ein sehr informatives Buch.

us

Ernst Wolff: «Wolff of Wall Street – Ernst Wolff erklärt das globale Finanzsystem». Promedia, Wien 2020, 192 S., brosch.

(Richtpreis Fr. 28.90)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 26.–

**Bestellschein**

**Schweizerzeit**

**Bestseller**

- Beat Kappeler – Der Superstaat **à Fr. 30.60**
- Daniel Regli – Corona und das verzögerte Sterben **à Fr. 13.50**
- Dr. C.E. Nyder – Great Reset **à Fr. 29.25**
- Wolfgang Wodarg – Falsche Pandemien **à Fr. 26.–**
- Ayn Rand – Kolumnen **à Fr. 26.–**
- Das beste aus der Schweizer Militärküche **à Fr. 62.10**

**Hörbuch**

- E. + T. Fontane – Die Zuneigung ist etwas ... **à Fr. 28.70**

**Buchzeichen**

- Wolff of Wall Street **à Fr. 26.–**

**Bestellung an:**

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach

Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(14/09.07.2021)

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Strasse/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_ Tel-Nr. \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_





**Sendungen** jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 9. Juli 2021

**Stammtisch-Live**

**Karl Müller, Kybun und Corona**

Hermann Lei im Gespräch mit Karl Müller, Unternehmer

Freitag, 16. Juli 2021

**Magazin**

**Staatlich finanzierte Medien – NEIN!**

Aktuelle Diskussion mit Philipp Gut, Schweizer Historiker, Journalist und Buchautor, und Bruno Hug, Betreiber des Onlineportals linth24.ch  
Leitung: Ulrich Schlüer

**Aufzeichnungen und Live-Sendungen werden wie geplant durchgeführt.**

**Aufgrund der aktuellen Lage ist jedoch die Anwesenheit von Zuschauern weder für Aufzeichnungen noch für Live-Sendungen erlaubt.**



Die nächste «Schweizerzeit»  
erscheint am

**13. August 2021**

## Schweizerzeit

### Impressum

**Herausgeberin:** «Schweizerzeit» Verlags AG,  
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9  
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9  
BIC: POFICHBEXXX

**Verlagsleitung:** Ulrich Schlüer

**Redaktion:** Postfach 54, 8416 Flaach

**Telefon:** 052 301 31 00

**Telefax:** 052 301 31 03

**redaktion@schweizerzeit.ch**

**www.schweizerzeit.ch**

**Leitung:** Ulrich Schlüer, Hans Fehr

**Mitarbeiter:** Samuel Balsiger, Karl Eckstein,  
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,  
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,  
Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Pollelt,  
Joël Thüring, Isabel Villalon

**Finanzen, Organisation:** Denise Betschart

**Inserate:** Markus Rezzonico, 079 332 61 61

**Layout, Druck:** Dietschi Print&Design AG,  
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,  
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

**Einzelpreis:** CHF 4.–, erscheint 14-täglich

**Jahresabonnement:** mind. CHF/EUR 80.–

## Zweiklassengesellschaft

Was da passiert ist, weist historische Dimensionen auf. Denn was zuweilen gestandenen Parteien grosse Mühe bereitet, schaffen ausserparlamentarische Kräfte in nur drei Wochen. Das 2. Referendum gegen das Covid-19-Gesetz kommt zustande – am Schluss dürften es mehr als 80'000 Unterschriften sein.

Das Referendum betrifft Verschärfungen des Covid-Gesetzes, die das Parlament in der März-Session 2021 beschlossen hat. Weil die «Verfassungsfreunde», das «Aktionsbündnis Ur-Kantone» und weitere ihre volle Energie in den Abstimmungskampf gegen die Einführung des Covid-Gesetzes gesteckt haben, musste das Referendum warten. Erst nach dem 13. Juni ging die Unterschriftensammlung richtig los – am 8. Juli wurden die Unterschriften mit einem Volksfest in Bern eingereicht.

Es ist bemerkenswert, welche handfeste Leistungen diese neu entstandenen Bürger-Gruppierungen erbringen. Bis zum heutigen Tag haben die Verfassungsfreunde und Co. alle gemachten Ankündigungen auch umgesetzt. Im Umfeld des Corona-Widerstands versammeln sich idealistische Bürgerinnen und Bürger, die sich zu einer ernst zu nehmenden Bewegung entwickelt haben.

Die Befürchtungen der Referendumsführer sind berechtigt – die Covid-Ver-

schärfungen vom März dieses Jahres lassen Realität werden, was einer freien Schweiz unwürdig ist. Das Gesetz schafft die Grundlage für das Covid-Zertifikat, das die Diskriminierung von Ungeimpften noch weiter ausbaut. Wer sich nicht schriftlich als «geimpft», «genesen» oder «negativ getestet» ausweisen kann, soll wie ein Aussätziger behandelt werden.

Wie hiess es schon in der Johannes-Offenbarung 13:17: «... dass niemand kaufen oder verkaufen kann, er habe denn das Malzeichen, nämlich den Namen des Tiers oder die Zahl seines Namens.» Wir sind auf dem besten Weg, die Schweiz in eine Zweiklassengesellschaft umzuwandeln, welche die verbrieften Grundrechte an ein staatliches Zertifikat knüpft. Freie, gesunde Bürger müssen beweisen, keine ansteckenden Krankheiten zu verbreiten. Wer sich keine umstrittene «Gentech-Spritze» in die Adern jagen will, wird zum Sündenbock gestempelt und verantwortlich für die Beibehaltung der Maskenpflicht gemacht.

Es beruhigt, dass sich tausende Menschen gegen diese Entwicklung auflehnen. Ist es noch eine Mehrheit, die das auch so kritisch sieht?

Anian Liebrand